

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Seite 19



Aktuell aus Politik und Wirtschaft

<i>Aktuell in Bonn</i>	2
Kanthers 10-Punkte-Katalog	3
Weiter Streit um Steuerreform ...	4
Deutsch-türkische Gewalt gegen kurdische Friedensbemühungen ..	4
Zum Abschluß des Politbüro- prozesses	6

Auslandsberichterstattung

Italien: Bossis „Padania“ gewinnt üble Kontur	8
Bosnische Serben gespalten	9
100 Jahre Zionismus	10
<i>Meldungen</i>	11

Regionales West und Ost

<i>Lokaler Widerstand</i>	12
Bayerisches Verfassungsgericht gegen Bürgerentscheid	13
Appell gegen Abschiebung palästinensischer Flüchtlinge ...	14
Heß-Aufmarsch schnell beendet .	15
Calw: Verfassungswidriges Spezialmanöver am 11. Sept	15
<i>O-Ton</i>	16
PDS Mecklenburg: Zusammen- arbeit mit Gewerkschaften	16
<i>Kommunale Politik</i>	17

Aus Betrieben und Gewerkschaften

<i>Was war?</i>	18
Daimler: Rote Karte für Kranke .	18
Jungheinrich, Hamburg: Initiative gegen Mobbing	19
Wie weiter mit dem „Euromarsch“?	21

Diskussion und Dokumentation

Eine Untersuchung der Ein- stellung von Nichtwählern	22
„Wer die See beherrscht“	23
Das Sao-Paulo-Forum lebt!	24
Zum Tod von Jürgen Kuczynski	25

Letzte Seiten

H. Isik: Verloren in Deutschland ..	26
Y. Kizilhan: Die Yeziden	27

Termine	28
----------------------	----

IN BONN STEUERREFORM:

AKTUELL

Nach der für den 5. September zu erwartenden Ablehnung des Steuerreformgesetzes der Bundesregierung will die Bundesregierung einen erneuten Versuch der Einigung mit der SPD versuchen. Das verlautet von Kohl. Worin diese bestehen könnte, ist noch unklar. Ziemlich sicher aber wird die Regierung versuchen, nach der Einigung mit der SPD über die Abschaffung der Gewerbesteuer nun eine neuerliche Senkung der Steuern und Abgaben für die Kapitalisten zu erreichen. Ein Weg dahin könnte in der „Umfinanzierung“ sog. „versicherungsfremder Leistungen“ in Renten- und Arbeitslosenversicherung bestehen. Konkret: Senkung der Renten- und Arbeitslosenbeiträge (was den Nettolohn erhöht, aber auch die Beiträge der Kapitalisten für diese Versicherungen senkt) und als „Ausgleich“ Anhebung der Mehrwertsteuer. Das käme den SPD-Forderungen der letzten Zeit entgegen. Bezahlen würden am Ende vermutlich wieder einmal die armen Leute, Arbeitslose, Rentner usw., die die Erhöhung der Mehrwertsteuer zahlen müßten, während die Kapitalisten „entlastet“ werden.

TRANSRAPID „GIGAFLOPP“: Zur Wirtschaftlichkeit des Transrapid erklärte Ende August Gila Altmann, verkehrspolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag: „Die von Verkehrsminister Wissmann permanent behauptete „Wirtschaftlichkeit“ des Transrapid existiert noch nicht mal auf dem Papier. Die Analyse des Bundesrechnungshofberichts hat gezeigt: Dem Bundesrechnungshof und den Abgeordneten des Bundestages wurden die entscheidenden Unterlagen vorenthalten. Eine wirkliche Prüfung beispielsweise der vorgelegten Erlösrechnung war und ist nicht möglich. Dies betrifft die folgenden Komplexe:

- die Betriebskosten, deren Ansatz mit 250 Mio. DM pro Jahr als „nicht nachvollziehbar“ und „nicht plausibel“ (Bundesrechnungshof) eingestuft werden muß.
- die Fahrgastprognose, in der weder mögliche Schienenkonkurrenz noch der Wegfall des Haltepunkts Hamburg-Moorfleeth noch die tatsächliche Verkehrsentwicklung berücksichtigt wurde. Eine erhebliche Unterschreitung der prognostizierten Fahrgastzahlen ist daher wahrscheinlich.
- die Risikoverteilung zwischen Industrie, Deutscher Bahn AG und Bund, bei der alle Finanzrisiken bei der bundeseigenen DB AG und dem Bund verbleiben, während die Industrie sich „ohne Übernahme erheblicher Risiken“ (Bundesrechnungshof) aus der Verantwortung ziehen kann.
- die Belastungen für die DB AG, die sich aus dem Fehlen eines Instandhaltungskonzeptes und dem im Finanzierungskonzept ebenfalls fehlenden Ersatzbeschaffungsprogramm ergeben. Nach un-

seren Berechnungen wird die DB AG voraussichtlich mit rd. 16 Milliarden DB bis zum Jahr 2035 belastet.

- die Baukosten der Trasse, da wesentliche Kostenstellen nicht „seriös angegeben“ werden konnten. Preissteigerungen, Kosten für Stromzuleitungen und Grundstücke, Mehrkosten für Lärmschutz und die Auflagen aus den Raumordnungsverfahren wurden nicht berücksichtigt.
- die geplante Erlösverteilung, nach der lediglich der Finanzierungsanteil der Industrie garantiert eine angemessene Verzinsung erreichen kann, während die Rückzahlung des Bundesanteils für den Trassenbau ausgeschlossen erscheint und die DB AG nicht zur Bildung von Rücklagen für Ersatz und Instandhaltung in der Lage ist.“

U-BOOTE AN INDONESIEN? Am 28. August hat die verteidigungspolitische Sprecherin der Grünen, Angelika Beer, gegen ein neues Rüstungsgeschäft mit Indonesien protestiert: „Die Lieferung der vier U-Boote an die indonesische Regierung spricht allen verbalen Bekundungen der Bundesregierung über die Bedeutung der Menschenrechte in der deutschen Außenpolitik Hohn. Der Bundessicherheitsrat hat die Lieferung genehmigt. Die Bundesregierung hat auf mehrmalige Nachfragen die konkrete Auskunft verweigert, warum Waffen an das Unterdrückungsregime Suharto geliefert werden dürfen. Trotz immer wiederkehrender Berichte über Menschenrechtsverletzungen will Bundeskanzler Helmut Kohl weiter Waffen an seinen Männerfreund Suharto liefern.

Ob Waffen direkt in den Militäreinsätzen gegen die Bevölkerung in Osttimor oder die demokratische Opposition verwendet werden, ist eine zweitrangige Frage. Denn jede Waffenlieferung an Indonesien stärkt ein autoritäres Regime, das vor willkürlichen Verhaftungen und gewaltsamer Unterdrückung nicht zurückschreckt ... Erst letzte Woche wurden mehrere Menschen in der indonesischen Provinz Irian Jay von Militärs getötet. Das Militär sichert dort gegen den Willen der Bevölkerung die Ausbeutung einer Gold- und Kupfermine durch eine US-amerikanische Gesellschaft.

Wir fordern die Bundesregierung auf

- gegenüber dem Parlament die Höhe des Kaufpreises nicht länger geheim zu halten,
- den Kaufvertrag mit Indonesien im September 1997 nicht zu unterzeichnen und auf den Export der vier U-Boote zu verzichten.“

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Am 5. September berät der Bundesrat erstmals nach der „Sommerpause“ – u.a. geht es um Waigels Nachtragshaushalt 1997 und die Steuerreformpläne der Regierung. In der Woche danach tritt der Bundestag wieder zusammen und berät über den Haushalt 1998. Am 21. September sind in Hamburg Bürgerschaftswahlen.

Staatssicherheit kontra Bürgerrechte

Das von Bundesinnenminister Kanther Mitte August vorgelegte 10-Punkte-Papier „Deutschland kann sicherer werden!“ enthält wenig Neues. Aber es faßt die verschiedenen Maßnahmen zusammen, die entweder in jüngster Vergangenheit beschlossen und nun in die Tat umgesetzt werden bzw. noch durchgesetzt werden sollen.

In den einzelnen harten Maßnahmen, deren Durchsetzung Kanther einfordert, vom Ausbau der Polizei über die Ausweitung der Haft, den kurzen Prozeß und andere Einschränkungen der Verteidigungsrechte, die Verschärfung von Strafen, nicht zuletzt gegen Heranwachsende, den Großen Lauschangriff, die erweiterte Abschiebung von straffällig gewordenen oder politisch unerwünschten Menschen ohne deutschen Paß hat sich spätestens in den vergangenen Monaten eine unappetitliche große Koalition herausgebildet, die sich vor allem auf die CDU-, CSU- und SPD-geführten Länder stützen kann. So haben Hamburg (SPD) und Bayern (CSU) parallel kaum unterscheidbare Bundesratsinitiativen „zur effektiveren Kriminalitätsbekämpfung“ angekündigt, die Strafverschärfungen

für eine Reihe von Delikten und Massenabschiebungen von „kriminellen Ausländern“ – deren „Kriminalität“ im Verstoß gegen Asyl- bzw. Ausländergesetzgebung besteht – vorsehen und einen Teil der Kantherschen Forderungen erfüllen.

Zusammengefaßt verraten Kanthers 10-Punkte-Papier wie die gleichgerichteten Initiativen das Bestreben, die Gesellschaft in eine totale Institution zu verwandeln, in der die Bürgerrechte der Sicherheit des Staates absolut untergeordnet sind.



Ein Polizeispitzel bei seiner „sauberen“ Arbeit: Aus: „Tagesspiegel“ (Berlin).

Das gilt für den von Kanther verlangten Ausbau der Polizei: Gemeint ist nicht nur die quantitative Ausweitung, sondern vor allem auch die Ausweitung des Aufgabenbereiches, die etwa im verdeckten Einsatz oder im Großen Lauschangriff zum Ausdruck kommen, die Rechtssicherheit bedrohen und die Polizei ermächtigen, unter dem Motto „Kriminalitätsbekämpfung“ die ganze Gesellschaft zu kontrollieren und zu durchdringen.

Das gilt für die durchgesetzte und propagierte weitere Verschärfung der Strafprozeßordnung. Mit dem Ende 1994 verabschiedeten „Verbrechensbekämpfungsgesetz“ wurde die Möglichkeit des „beschleunigten Verfahrens“ geschaffen, in dem die Verhandlung drei bis vier Wochen nach der Tat anberaumt werden kann, eine schriftliche Anklageschrift nicht mehr erforderlich ist, die Vernehmung der Zeugen oder Sachverständigen durch Verlesung früherer Äußerungen ersetzt werden kann u.ä. Mit der im Juni 1997 beschlossenen Hauptverhandlungshaft wurden die Haftgründe ausgeweitet. Das Bundesland Hamburg, bei den „beschleunigten Verfahren“ mit einem Anteil an allen erledigten Verfahren von 17,5% bundesweit Spitzenreiter, kombiniert jetzt, eine Forderung Kanthers erfüllend, beide Maßnahmen zum kurzen Prozeß, mit dem die Aburteilung in Fällen „mittelschwerer Kriminalität“ (u.a. Verstöße gegen das Ausländergesetz!) schon am Tag nach der Tat möglich werden soll. Das Recht auf Verteidigung bleibt dabei weitgehend auf der Strecke. Darüber hinaus will Kanther weitere Möglichkeiten zur Beschleunigung der Strafverfahren wie die Einschränkung des Beweisantragsrechts und die grundsätzliche Beschränkung der Rechtsmittelmöglichkeit auf Berufung oder Revision. Die Verfahrensverzögerungen führten, so Kanther zur Begründung, „zu Ansehensverlusten des Staates“. So wird die Strafprozeßordnung, die dem Schutz von Beschuldigten und Angeklagten gegenüber staatlicher Verfolgung dienen sollte, in ihr Gegenteil – zum Schutz des Staates – pervertiert.

Protest gegen den Lauschangriff

Am 29.8. haben sich die Kommissionen von Koalition und SPD auf eine Änderung von Artikel 13 GG geeinigt: Das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung wird beseitigt, der „Große Lauschangriff“, das Abhören von Wohnungen zu Zwecken der Strafverfolgung ermöglicht. Die Grundgesetzänderung muß erst noch den Bundesrat (Zweidrittelmehrheit) sowie den Bundesrat passieren. Grüne, PDS, Anwaltsverein u.a. lehnen die Änderung ab, auch aus der SPD (Jusos, Juristen) meldet sich Kritik. Hier eine Erklärung von Humanistischer Union, Gustav-Heinemann-Initiative, RichterInnen und StaatsanwältInnen in der ÖTV, Deutscher Vereinigung für Datenschutz, Bundesarbeitskreis kritischer Juragruppen.

Bürgerrechtsorganisationen und ÖTV-RichterInnen wollen Grundrechtskahl Schlag nicht hinnehmen

Durch die Einigung über die Einführung des großen Lauschangriffs wird ein unantastbarer privater Lebensbereich aufgegeben. Wird dieser massive Eingriff in

die Grund- und Freiheitsrechte Gesetz, so werden vor allem Räume abgehört, in denen sich Unverdächtige aufhalten. Internationale Erfahrungen zeigen, daß das Abhören von Wohnungen keine erkennbare Verbesserung bei der Bekämpfung schwerer Kriminalität bringt. Der Lauschangriff kann nicht auf den engen Kreis von Gangstern begrenzt werden. Mit diesem Etikett wird die Öffentlichkeit getäuscht.

Die vorgesehenen Sicherungen sind völlig unzureichend. Es ist nicht vorgesehen, daß – wie in den USA – die anordnenden Richter über die Wirksamkeit des Grundrechtseingriffs Rechenschaft ablegen müssen, so daß eine effektive Kontrolle durch die Öffentlichkeit möglich ist. Abgehört werden können auch Ärzte, Pfarrer, Familienangehörige; selbst der Intimbereich „Schlafzimmer“ ist nicht tabu. Was der Öffentlichkeit als Maßnahme gegen die „Organisierte Kriminalität“ verkauft wird, wird Auswirkungen für die Unbefangenen, mit der sich BürgerInnen zu Hause verhalten, haben. Die vom Lauschangriff Betroffenen haben nicht die Möglichkeit, Rechtsschutz gegen

diese geheime Ausforschung zu erlangen. Die Praxis der ständig zunehmenden Telefonüberwachung zeigt, wie wenig diese durch vergleichbare Instrumente eingegrenzt worden ist. Motor der Entwicklung ist das technisch Machbare.

Die deutsche Polizei darf nicht zur Geheimpolizei werden. Demokratische und rechtliche Kontrollierbarkeit sind eminent wichtig für das Vertrauen der Bürger zu den Stellen, denen das staatliche Gewaltmonopol anvertraut ist. Mit dem Lauschangriff tut sich der Staat keinen Gefallen. Dies zeigen nicht zuletzt die Erfahrungen der italienischen Mafia-Bekämpfung.

Wir werden uns mit der Preisgabe von Grundrechten nicht abfinden und appellieren an die Abgeordneten des Deutschen Bundestags, dem Entwurf zur Änderung des Grundgesetzes die erforderliche Zweidrittelmehrheit zu verweigern. Wir fordern die Landesregierungen auf, das Projekt „Grundrechtsabbau“ im Bundesrat zu stoppen. Lassen Sie sich von wahltaktischen Stammtischparolen nicht beeindrucken, verteidigen Sie den Kernbestand unserer demokratischen Verfassung.

Das gilt nicht zuletzt für die äußerst reaktionäre Konzeption des Strafrechts, das als Allzweckwaffe zur Repression sozialer Phänomene verstanden wird und forciert so eingesetzt werden soll. Das muß scheitern, weil ihnen mit dem Strafrecht nicht beizukommen ist, woraus die Strategen der „Inneren Sicherheit“ die Schlußfolgerung ziehen, daß das Strafrecht weiter verschärft werden muß ... Das wird schlaglichtartig deutlich nicht nur im Bereich der Drogenpolitik – hier immerhin existieren Unterschiede zwischen SPD und CDU/CSU –, wo die Kriminalisierung des Drogenkonsum nicht eindämmt, jedoch soziales und gesundheitliches Elend und Beschaffungskriminalität produziert, sondern auch in anderen Bereichen der sog. „Organisierten Kriminalität“, etwa dem Menschenhandel im Zusammenhang mit der Prostitution: Die rechtliche Diskriminierung der Prostituierten, ihre dadurch bedingte Schutzlosigkeit, ermöglicht erst den Zuhälter. Die Legalisierung des Gewerbes hingegen könnte nicht nur das Rotlichtmilieu, sondern, im Zusammenhang mit der Beendigung der rechtlichen Diskriminierung von Menschen ohne deutschen Paß, auch den Menschenhandel binnen kurzem weitgehend zum Verschwinden bringen. Die Verschärfung des Strafrechts und des Ausländergesetzes hingegen führt zu einer Spirale ohne Ende, in der die sozialen Probleme und auch die Kriminalität nur zunehmen können.

Kanthers 10 Punkte machen deutlich, wie dringend eine Umkehr ist. Die Hinwendung der SPD zu ultrareaktionären Konzepten – mit Ausnahmen nur in der Drogenpolitik – stößt die politische Opposition unabweislich auf die Aufgabe, die Kritik an der „Inneren Sicherheits“-Konzeption zu entwickeln, gerade im bevorstehenden Bundestagswahlkampf. *scd*

Weiter Streit um die Steuerreform ...

Von der Sondersitzung des Bundestags

Von Reiner Bartscher

Zur Sondersitzung des Deutschen Bundestages am 2. August reiste die Mehrheit der Abgeordneten in Urlaubstimmung an. Eine genaue Aussage, was die Anreise aus dem Urlaub den deutschen Steuerzahler gekostet haben mag, ist vermutlich nicht zu erhalten.

Allerdings hatten die Abgeordneten wohl auch nicht viel Lust, sich bei erstklassigem Urlaubswetter lange auf Steuerzahlers Kosten zu amüsieren. Schließlich wurde die Debatte zur vom Bundesrat zurückgewiesenen sogenannten großen Steuerreform um die Hälfte verkürzt, so daß vermutlich alle Abgeordneten ihr Abendbrot schon wieder mit ihren Familien am Urlaubsort einnehmen konnten.

Da fragt sich man/frau nach dem Sinn einer solchen Veranstaltung. Die unisono Lobreden für den Einsatz der Bundeswehr bei der Bekämpfung des Oderhochwassers waren es wohl nicht. Zumal keiner der Redner in der Debatte die Frage aufwarf, ob die Bundeswehr nunmehr ihr neues Feindbild gefunden habe und wie sich in eine derartige neue Strategie ein Jäger 90 einpassen würde. Einzig politische Demonstration: Die PDS hatte man vor der Einbringung eines interfraktionellen Antrages bezüglich notwendiger Hilfsmaßnahmen gar nicht erst gefragt, ob sie ihn mittragen wolle, was einer einstimmigen Annahme dieses Antrages jedoch nicht abträglich war.

Viel weniger versöhnlich, aber eigentlich nur von gegenseitigen Vorwürfen wegen erwiesener Unfähigkeit getragen, dann die Debatte über die nunmehr gescheiterte „Jahrhundertreform“ des Steuerrechts. Mit den Stimmen der Regierungskoalition wurde der gescheiterte Entwurf dann ein zweites Mal der Vermittlungsausschuß zwischen Bundesrat und Bundestag angerufen. Offensichtlich hofft die Regierungskoalition in dieser festgefahrenen Situation auf einen „Umfaller“ der SPD. Gregor Gysi brachte es dann auf einen Nenner: Diese Debatte war die Eröffnung des Wahlkampfes zur Bundestagswahl 1998 auf Steuerzahlers Kosten. Gesetzlich ist das gar nicht zulässig, also hatte die Koalitionsfraktion die Sondersitzung einberufen, um schnellstmöglich die im Vermittlungsausschuß erreichte Einigung über die Abschaffung der Gewerbesteuer im Deutschen Bundestag abstimmen zu lassen.

Das sei deshalb notwendig gewesen, so die Begründung der Debattenredner der Koalition, weil bereits Ende August die Bescheide über die Abschlagszahlung auf die Gewerbesteuer durch die Finanzämter erlassen werden würden. Nunmehr könne der Bundesrat in seiner Sondersitzung am 5.9. über das Ergebnis abstimmen und die Gewerbesteuer sei damit aus der Welt. Ein politisch wie juristisch durchschaubares Manöver.

Da der Bundesrat erst im September entscheiden kann, ist die Gewerbesteuer zum Zeitpunkt der zu erlassenden Vorausbescheide mitnichten vom Tisch. Denn erst nach der Zustimmung durch den Bundesrat kann das Gesetz in Kraft treten. Die Abschaffung der Gewerbesteuer ist außerdem untrennbar mit der Beteiligung der Städte und Gemeinden an den Einnahmen aus der Umsatzsteuer verbunden. Dazu ist eine Änderung des Grundgesetzes notwendig. Und die wurde in besagter Sondersitzung das erste Mal gelesen. Wann also die zweite und dritte Lesung stattfinden wird, wissen gegenwärtig die Götter. Erst nach dieser Prozedur kann tatsächlich von der Abschaffung der Gewerbesteuer ausgegangen werden. Dazu hätte es keiner Sondersitzung bedurft.

Aber das Thema beinhaltet politischen Sprengstoff. Der wiederum kam über-

haupt nicht zur Sprache. Alle Debattenredner waren sich einig, daß nun endlich die „ach so böse Substanzsteuer“ Gewerbesteuer abgeschafft wurde. Auch die PDS ist eigentlich nur mit der Gegenfinanzierung für die Kommunen unzufrieden. Deshalb enthielt sie sich in der Abstimmung. Weit verbreitet ist die Meinung, daß damit die Abschaffung auch der Gewerbeertragsteuer, wie sie in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben ist, gestoppt werden konnte. Schließlich soll in Artikel 28 GG ein Passus eingefügt werden, der Städten und Gemeinden das Aufkommen aus einer „wirtschaftsbezogenen und mit Hebesatzrecht ausgestatteten Steuer“ zuspricht.

Allerdings werden wohl schon bald erste Klagen eingehen, die sich gegen eine Doppelbesteuerung durch die Einkommensteuer bzw. Körperschaftsteuer und die Gewerbeertragsteuer richten. Das zu früher oder später zu erwartende Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu dieser Frage wird dann früher oder später das Ende der Gewerbeertragsteuer einleiten. Die Koalitionsvereinbarung wird sich erfüllen. Auch wenn diese Bundesregierung dann vielleicht gar nicht mehr existiert. *Reiner Bartscher ist Mitarbeiter des PDS-MdB Dr. Uwe-Jens Rössel.*

Kanther und türkisches Militär Hand in Hand

Deutsch-türkische Gewalt gegen kurdische Friedensbemühungen

Der „Musa-Anter-Friedenszug“, gestartet, um die Bemühungen des kurdischen Volkes für Menschenrechte und Demokratie und für ein Ende des brutalen Krieges des türkischen Militärs gegen das kurdische Volk zu unterstützen, wurde mit Gewalt gestoppt.

Auf die Unterbindung der Durchreise des Zuges durch die BRD durch Innenminister Kanther folgte in der Türkei eine beispiellose Verhaftungswelle, ständige Drohungen und Schikanen gegen die ca. 200 europäischen Friedensaktivisten, die nach Istanbul geflogen waren und von dort mit Bussen nach Diyarbakir kommen wollten. Am Ende stoppten Dorfschützer des nach dem „Susurluk“-Unfall weltweit wegen seiner Verbindungen zur Rauschgiftmafia in die Schlagzeilen geratenen DYP-Abgeordneten und Tansu-Ciller-Vertrauten Bucak die europäischen Aktivisten vor Siverek und erzwangen die Umkehr. In Diyarbakir hatte türkisches Militär jede Straßenkreuzung besetzt und den für die Friedenskundgebung geplanten Platz durch ein massives Militäraufgebot bis hin zu Panzern hermetisch abgeriegelt. Alle Cafes waren geschlossen, ca. 2.000 Menschen verhaftet. „Hier herrscht Friedhofsruhe“, so ein deutscher Journalist telefonisch am 2.9. aus Diyarbakir.

Hier eine Chronologie der Ereignisse:

- Am 21.8. weist Bundesinnenminister Kanther den Bundesgrenzschutz an, ausländische Teilnehmer des Sonderzuges nicht in die BRD einreisen zu lassen. Zugleich läßt das Innenministerium an die Presse verlauten, der (u.a. von dem südafrikanischen Friedensnobelpreisträger Bischof Tutu, der Stiftung Danielle Mitterand, dem Schriftsteller Yasar Kemal, von Schweizer, britischen, ungarischen und deutschen Politikern unterstützte Zug sei „eine Aktion der PKK“. Zeitgleich erklärt der türkische Ministerpräsident Yilmaz in Ankara, der Zug werde auf keinen Fall ins Land gelassen.

- Am 22.8. teilt die Bundesbahn den Veranstaltern mit, daß sie die Chartervereinbarung kündigt. Als Begründung nennt die Bahn Kanthers Weisung an den BGS, zum zweiten verweigere die Jugoslawische Staatsbahn die Durchreise. Letzteres wird von der jugoslawischen Regierung wütend dementiert.

- Am 26.8. finden sich darauf die Reisenden und ca. 1.800 kurdische und türkische Unterstützer des Zuges in Brüssel ein, um die nunmehr nach Istanbul fliegenden europäischen Gäste zu verabschieden und um zu bekräftigen: „Es ist Zeit für Frieden in Kurdistan!“

- Am 31.8. versammeln sich in Istanbul trotz Verbots etwa 30.000 Menschen, um gemeinsam mit den inzwischen eingetroffenen Unterstützern aus Europa noch einmal ihre Forderung nach einer friedlichen und politischen Lösung des Kurdistan-Konflikts zu unterstreichen. HADEP, ÖDP, İHD, DISK, SIP, KESK und andere hatten trotz Verbot aufgerufen. Im Anschluß brechen die europäischen Gäste mit Bussen in Richtung Diyarbakir auf. In Diyarbakir sind zu diesem Zeitpunkt bereits mindestens 130 Menschen verhaftet, darunter die Ehefrau, die Tochter und der Schwiegersohn des vor wenigen Jahren ermordeten kurdischen Schriftstellers, Juristen und Politikers Musa Anter, dessen Namen der Zug führen sollte. Außerdem verhaftet sind bereits: Haydar Kilicoglu, Vorsitzender der Erziehungsgewerkschaft, Ali Ürküt, Vorsitzender der Gesundheitsgewerkschaft, Vezir Perisan, Vorsitzender der Verwaltungsgewerkschaft in Diyarbakir, acht weitere namentlich bekannte Gewerkschafter sowie die HADEP-Vorstandsmitglieder Zeynetin Ünay, Selma Tanrikulu, Hüseyin Bora, Mehmet Can Tekin, Mehmet Baskurt und Nurkan Etki. Der türkische „Supergouverneur“ hat ein absolutes Versammlungsverbot über Diyarbakir verhängt. Aus Van sind 103 Verhaftungen bekannt, aus Istanbul 25, hinzukommt eine unbekannte Anzahl von Verhaftungen u.a. in Tatvan und Iğdır. Durch die Verhaftung dieser Menschenrechtsaktivisten dringen die Nachrichten über das ganze Ausmaß der Repression nur noch spärlich ins Ausland.

- Entlang der Route nehmen die Schikanen und Drohungen gegen die Buskarawane ständig zu. In Adana wollen sich

70 Busse anschließen, werden aber mit Gewalt daran gehindert. Nach Ankara wird die Buskarawane gar nicht hereingelassen.

- Am 1.9. wird die Delegation kurz vor Urfa von Militärs mehrere Stunden auf einem Militärgelände festgesetzt. Kurz nach der Weiterfahrt wird sie dann von Dorfschützern des Bucak-Clans und Militärs bei Siverek endgültig gestoppt und zur Umkehr gezwungen. Aus Antep kommt die Nachricht, daß dort 20.000 Menschen trotz Verbot eine Friedenskundgebung durchgeführt haben.

Was bleibt? Eine „Friedenskarawane“ wurde verboten, unterdrückt, mit deutscher Polizei- und türkischer Militärgewalt verhindert. Kundgebungen für Frie-



„Es reicht, jetzt ist Zeit für Frieden“

Wir, die demokratischen Massenorganisationen von Ankara, Gewerkschaften und Parteien, sind im Vorfeld des Weltfriedenstages 1. September zusammengekommen, um unser Beharren auf Frieden zur Sprache zu bringen. Infolge des jahrelangen Krieges in unserem Land haben wir zehntausende Menschen verloren, tausende Dörfer sind entvölkert, Reichtümer unserer Natur und Umwelt sind zerstört worden.

Wir sagen „Jetzt ist Zeit für Frieden“, denn den Preis für diesen Krieg, ob materiell oder moralisch, zahlen wir ArbeiterInnen und Angestellte. Während wir nach und nach verarmen, verdienen die Banden und Kriegsgewinnler, die den Krieg schüren, Millionen an unseren Schmerzen und unseren Tränen. Frieden ist die Sehnsucht der Mehrheit, die vom Krieg nur Schaden und Unterdrückung hat. Um in der Türkei von Menschenrechten und Demokratie sprechen zu können, ist Vorbedingung, daß das Blutvergießen gestoppt wird. Solange der Krieg weitergeführt wird, wird kein Schwur von Menschenrechten oder Demokratie für die Öffentlichkeit glaubwürdig sein.

Daß die Regierung den „Friedenszug Musa Anter“, der von KünstlerInnen, SchriftstellerInnen, WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen und MenschenrechtlerInnen unterstützt wird, als eine mit dem „Terror“ verbundene Aktion denunziert und sabotiert, führte dazu, daß ihre „Menschenrechte- und Demokratiemaske“ schnell gefallen ist. Den

den und Menschenrechte sind im NATO-Land und EU-Aufnahmekandidat Türkei verboten und werden notfalls mit Panzern verhindert – nicht nur am Antikriegstag. Ohne einen Sturz des türkischen Regimes und ohne eine radikale Änderung der bundesdeutschen Türkei-politik, die das türkische Regime bei jeder Grausamkeit unterstützt – scheinen Frieden und Menschenrechte in Kurdistan nicht erreichbar.

rül

„Friedenszug Musa Anter“ zu behindern heißt, den Wunsch der Gesellschaft nach Frieden und Geschwisterlichkeit zu unterdrücken. Das vom Friedenszug geschaffene Interesse in der Türkei und die von den ArbeiterInnen und Angestellten offen vorgebrachte Sehnsucht nach Frieden stört die Kriegstreiber und Garanten der Fortsetzung des Krieges. Die „Terror-Connection“ sollte man nicht bei den FriedensaktivistInnen, sondern in den von Gewalt und Drohungen strotzenden scharfen, dummen Erklärungen der MHP suchen. Die MHP ist eine der kriegstreibenden, kriegsverbrecherischen Gruppen.

Als demokratische Organisationen, die in der Türkei seit Jahren für Frieden streiten, unterstützen wir den „Friedenszug Musa Anter“ von Herzen und verurteilen, daß er behindert wird. Wir erklären noch einmal unsere Entschiedenheit, gegen die Drohungen und Hindernisse gegen die Friedensbewegung und ihre Mitglieder und für Demokratie, Geschwisterlichkeit, Freiheit und Frieden zu kämpfen.

Den Krieg zu beenden liegt in unserer Hand, wenn wir wollen, verhindern wir ihn! Denn die, die den Preis für den Krieg bezahlen, sind wir ArbeiterInnen und Angestellte. Frieden ist die einzige Wahl, die wir ehrenvoll und frei treffen können!

Am 28. August auf der Yükselstraße vor dem Menschenrechtsdenkmal in Ankara verlesene Erklärung, unterzeichnet u.a. von 15 Gewerkschaften aus Ankara, den Volkshäusern, dem Blindenverein, dem Menschenrechtsverein, dem alewischen Kulturverein, den Parteien EMEP (Arbeitspartei), HADEP (Partei der Volksdemokratie), DBP (Demokratie und Friedenspartei), DSIP, ÖDP (Freiheits- und Solidaritätspartei) und SIP (Sozialistische Machtpartei)

Auf der Anklagebank saß die sozialistische Weltanschauung

Sicher ist, daß der eben zu Ende gegangene Prozeß gegen drei der zuletzt auf der Anklagebank verbliebenen Mitglieder des Politbüros der SED wegen „aktiven Tuns als mittelbare Täter“ „an der Errichtung bzw. dem nachfolgenden Ausbau und an der Aufrechterhaltung der Grenzsperranlagen zur BRD“ keineswegs morgen oder übermorgen vergessen sein wird. Zu viele politische, moralische und juristische Probleme hängen mit dem vom Berliner Landgericht geführten Prozeß und dem ergangenen Urteil zusammen, als daß stillschweigend zur Tagesordnung übergegangen werden könnte.

Sieben Jahre nach dem Anschluß der DDR an die BR Deutschland macht der Prozeß, der über eineinhalb Jahr mit mehr als 100 Sitzungstagen geführt wurde, deutlich, daß eine Bewertung der DDR mit anderen Mitteln als juristischen nicht gewollt ist: Die DDR, als Unrechtsstaat gebrandmarkt, soll ein für alle Mal als Fehltritt der Geschichte gekennzeichnet werden. Ganz im Sinne des von Ex-Justizminister Kinkel erteilten Auftrags, die DDR zu delegitimieren, wird gehandelt.

So war es ein politischer Prozeß, der sich einreihet in die Welle der Strafverfolgung gegen DDR-Bürger – angefangen bei den Prozessen gegen DDR-Grenzsoldaten bis hin zur Verurteilung der DDR-Spione. Und ein Ende ist noch nicht abzusehen! Der Prozeß gegen Krenz, Schabowski und Kleiber war einer der Höhepunkte, und Generalstaatsanwalt Christoph Schaeffgen, Zentrale Ermittlungsbehörde für vereinigungsbedingte Regierungskriminalität in Berlin (ZERV), äußerte kürzlich in einem *Welt*-Interview seine Freude darüber, denn: „Gott sei Dank ist die Amnestie-Debatte tot.“

Stellt es eine Anmaßung dar, wenn bundesdeutsche Richter über DDR-Bürger zu Gericht sitzen? Ist es nur die Erfüllung der populistischen Redewendung „die Kleinen werden gehängt und die Großen läßt man laufen“? Oder geht es in erster Linie um das Verdecken eigener Schwächen und schließlich gar der Krise des Systems, in der sich die BR Deutschland befindet? Hat die Zeit nicht recht, wenn sie am 8. August unter dem Titel „Die neue deutsche Lethargie“ schreibt: „Nicht nur die Politik ist ... zum Umsteuern unfähig. Das ganze einst gepriesene System der Bundesrepublik ist verstopft.“ Sie redet von der schwersten Krise in den fast fünfzig Jahren der BRD. So wie in den Köpfen vieler Menschen Ostdeutschland angeblich Schuld am Niedergang ist, so gut ist mit Antikommunismus und Strafverfolgung des be-

siegten Gegners die Chance gegeben, von der eigenen Misere abzulenken.

Gleichzeitig demonstriert der Prozeß, daß die BRD keineswegs beabsichtigt, ihre eigene Rolle in den Jahren des Kalten Krieges zu beurteilen. Im Prozeß wurde es vermieden, politische Zusammenhänge, die zum Bau der Mauer führten, aufzudecken. Er wurde bewußt auf die Verantwortung der Angeklagten für die Menschenopfer, die es zum Zeitpunkt ihrer Tätigkeit im Politbüro an der Grenze DDR-BRD gab, eingegrenzt. Forderungen der Verteidigung, andere Zeitzeugen, ehemalige und Noch-Politiker aussagen zu lassen, wurden abgelehnt.

„... Sowohl deutsche als auch russische Regierungen sind mehrfach in der Geschichte vom geraden Weg des Rechtsstaats abgewichen. „Audiatur et altera pars“ – stets auch die andere Seite zu hören, ist einer seiner Grundsätze. Angehörige der einstigen sowjetischen Führung hatten ihre Bereitschaft signalisiert, auszusagen. Das Gericht legte aber keinen Wert darauf, sie zu hören. ...“
(Alexej Korinenko, Korrespondent der russischen Agentur Itar-Tass, am 30. August im Berliner „Tagesspiegel“)

An der Grenze BRD-DDR standen sich Machtblöcke gegenüber, die mit Hilfe dieser beiden Staaten ihre Interessen wahrnahmen. Egon Bahr hat darauf verwiesen, der als einziger Zeitzeuge während des Prozesses zugelassen wurde, daß der Mauerbau eine grundsätzlich sowjetische Entscheidung und der Schießbefehl eine „Existenzbedingung für die DDR“ gewesen sei. Gerade Egon Krenz als letzter Staatsratsvorsitzender der DDR ging auf solche Fragen ein und erklärte, daß das Gericht politische Zusammenhänge ausgeblendet, vermeintlich Belastendes aufgebauscht und Entlastendes zurückgedrängt habe. Zu seiner Rolle sagte Krenz, daß er das Grenzregime nie als Weisheit letzter Schluß betrachtet habe. Zu seiner Lebensniederlage gehöre, daß es nicht möglich war, Tote und Verletzte an der DDR-Grenze zu verhindern. Krenz wollte seinerseits keineswegs die Souveränität der DDR in Abrede stellen, meinte aber, daß „in der Grenzfrage ... die DDR keine Souveränität hatte, da wollte die SU mitsprechen.“

Egon Krenz' Position während des Prozesses, dem unterstellt wird, nicht lernfähig und nach wie vor in altem DDR-Denken verfangen zu sein, redu-

ziert sich auf die Formel: Die siegreiche Macht rächt sich an einem untergegangenen System. Während seines Schlußwortes sagte er, daß es den Anklägern im Eigentlichen nicht um Menschenschicksale gegangen wäre. So hätten erschossene DDR-Grenzsoldaten in diesem Prozeß nie eine Rolle gespielt, obwohl die Namen ihrer Mörder bekannt waren und diese in der Bundesrepublik Unterschlupf fanden. Krenz erklärte, daß er am Niedergang der DDR sehr schwer trage und zugelassen habe, daß sozialistische Ideale entstellt wurden. Dafür übernehme er die volle Verantwortung und würde sich schämen, wenn er anders als die schon verurteilten DDR-Grenzsoldaten behandelt würde. Die tragische Ausuferung des Kalten Krieges, der Tod von Menschen in dieser Eiszeit dürfe nicht für einen Endsieg instrumentalisiert werden. Ehrliche Trauer über die Opfer des Kalten Krieges könne nur der empfinden, der eine Instrumentalisierung vermeidet. Krenz will keine Gnade, fordert aber, seine Sache vor einem internationalen Gericht zu verhandeln.

Im Vorgehen der Staatsanwaltschaft erhellen sich die eigentliche Motive des Strafprozesses. Oberstaatsanwalt Jantz unterstellte Krenz politisch-ideologische Verblendung und warf ihm vor, das Wort „nationalsozialistisch“ wegen der möglichen Assoziationen zu „einem anderen Sozialismus“ zu scheuen, wenn er das Nazireich als faschistisch bezeichne. Die Staatsanwaltschaft versuchte klarzustellen, daß die Motive für die angeklagten Taten mit der marxistischen, sozialistischen Gesinnung in einem zwingenden Zusammenhang bestehen. Auslöser für die Straftat – nach Meinung der Staatsanwaltschaft – ist nur die verwerfliche politische Überzeugung. In diesem Sinne zeigte Jantz kein Erbarmen und bezeichnete das Politbüro „als den längsten Schreibtisch der DDR“, an dem „Mord und Totschlag“ ersonnen und befohlen worden sei. Jantz fiel es nicht schwer, das Naziregime und die DDR zu vergleichen, obwohl er, seit 1979 mit der strafrechtlichen Verfolgung von Nazi-Verbrechen beauftragt, Blutjuristen des Dritten Reiches schonte.

Kaum vorstellbar, daß mit dieser arrogant geäußerten Meinung der Boden für ein andere Denkweisen bereitet werden kann. Die herrschende Elite der BRD ist offenkundig zu nichts anderem fähig, als die Abrechnung mit der DDR bis hin zu einem direkten Vergleich der DDR mit dem Faschismus zu betreiben. Woher denn auch, sie hat auf allen anderen Gebieten keine neuen Ideen mehr.

Ein Urteil über die Geschichte, über das Recht

Aus der Stellungnahme des Bundesvorstands der PDS zur Verurteilung von E. Krenz, G. Schabowski und G. Kleiber:

Zum ersten Mal in der modernen Geschichte Deutschlands ist das frühere Staatsoberhaupt eines deutschen Staates infolge seines Handelns als Träger staatlicher Hoheitsgewalt von einem deutschen Gericht strafrechtlich zur Verantwortung gezogen worden. Ein in Deutschland vorher nicht nur unbekannter, sondern unerhörter und unvorstellbarer Vorgang. Freilich hat er nichts zu tun mit jenen Kriegs- und Unmenschlichkeitsverbrechen, mit denen der Name Deutschlands im Gedächtnis der Völker wohl immer verbunden bleiben wird. Es geht vielmehr um ein früheres Staatsoberhaupt der DDR, deren staatsoffizielles Selbstverständnis sich gerade aus dem Widerstand gegen das nationalsozialistische Jahrhundertver-

brechen speiste. Wir betrachten diesen Vorgang als eine politische Zäsur, deren schwerwiegende Folgen heute noch gar nicht vollständig ermessen werden können ...

Die PDS hat die Tatsache, daß der „eiserne Vorhang“ Hunderte von Todesopfern forderte, nicht nur bedauert. Sie hat zugleich festgestellt, daß die Funktionärselite der DDR ... politische Verantwortung dafür trug, daß diese Agreement zur Aufteilung der europäischen Machtsphären ... genutzt wurde, die Freiheit der Menschen im östlichen Teil der Nation unerträglich einzuschränken. Die sozialistische Idee und Bewegung wurden dadurch nachhaltig diskreditiert ... Die selbsternannte „Avantgarde“ hat ... nicht den politischen Mut gefunden und die ernsthafte politische Verantwortung an den Tag gelegt, die sie heute vor Gericht reklamiert ... Ihr politisches Versagen und ihre selbstgefällige Gleichgültigkeit sind 1989 von den Menschen in der DDR bewußt auf ausschließlich politische Weise quittiert worden ...

Der Prozeß gegen Krenz u.a. hat erneut verdeutlicht, daß die bundesdeutsche Justiz die DDR-Gesetzeslage in den Horizont eines durch ganz andere Bedingungen geprägten Rechtsverständnisses rückt, um eine Verurteilung zu er-

möglichen ... Juristische Argumentationsfiguren, die – weil bisher als rechtsstaatswidrig eingestuft – nicht zur Anwendung kommen durften, dienen nun zur Aburteilung „kommunistischer Schreibtischtäter.“ ... Er (der Paradigmenwechsel) bedeutet schlicht, daß östlich der Elbe andere Maßstäbe als westlich gelten ... Die Gleichheit der Rechtsunterworfenen ist verletzt und damit die Gerechtigkeit des Rechtsstaates, die Regelgerechtigkeit bedeutet ... Es ist dies das unvermeidliche Ergebnis des Versuches, eine weltgeschichtliche Auseinandersetzung mit dem völlig überforderten Strafrecht „bewältigen“ und vollenden zu wollen. Der Versuch, den politischen Gegner von einst über die politische Entmachtung, moralische Ächtung und soziale Isolierung hinaus durch den Strafprozeß zum kriminellen Totschläger zu erniedrigen, erniedrigt in Wirklichkeit das Recht ...

Es gibt nur eine Antwort, die vor der Zukunft Bestand hat. Sie heißt Versöhnung. Andere Nationen haben es vorge macht. Bis auf die PDS, die mit ihrem Stafverfolgungsbeendigungsgesetz einen konstruktiven Beitrag geleistet hat, waren und sind die Parteien, die deutsche Regierung und die veröffentlichte Meinung nicht bereit, den Weg der Versöhnung zu gehen ...

Selbst Rufe aus realistisch denkenden Kreisen, die sowohl das politische Herangehen als auch die juristischen Konstruktionen anzweifeln, die zur Begründung der Urteile gegen die Angeklagten gefunden werden mußten, verhallen. Berichten aus Südafrika zufolge stößt die Versöhnungskommission unter Leitung von Bischof Tutu zwar auf gewaltige Schwierigkeiten, aber in einem Lande wie diesem wird der Versuch unternommen, geschehenes Unrecht im Dialog miteinander zu erklären und Schuldige zur Verantwortung zu ziehen. Allerdings juristisch erst nach dem Dialog! In einem von einem langen Bürgerkrieg betroffenen Lande wie Guatemala arbeitet eine Kommission, die schreiende Verbrechen aufklären und Menschenrechtsverletzungen aufdecken soll – und welche Ironie: unter der Leitung eines deutschen Experten für Menschenrechtsfragen im Auftrage der UNO. Ähnliches denkbar für die heutige Bundesrepublik? Mehrheitlich haben die Regierungsparteien und die Oppositionsvorschläge – auch solche der PDS – zurückgewiesen, die ein Strafverfolgungsschlußgesetz beinhalten. Hoffnung kommt auf, wenn Experten und Realisten nach der Verkündung des Urteils erklären, daß – sicher entgegen den Wünschen des Herrn Schaefgen – eine Debatte um eine Amnestie unabdingbar wird.

Hier klingt an, was in manchen internationalen Erklärungen, z.B. der 120 russischen Duma-Abgeordneten oder des VI.



Egon Krenz, Ex-Staatschef der DDR

Treffens des Sao-Paulo-Forums, gefordert wurde: Beendigung der strafrechtlichen Verfolgung von DDR-Bürgern aus politischen Gründen, da dies keineswegs die Reputation der BRD erhöhe – wie das in solchen Erklärungen zu lesen ist.

Wäre nun die Position, die Schabowski während des Prozesses einnahm, eine mögliche Basis für Ausgleich und Versöhnung? Schabowski erklärte, einen Paradigmenwechsel durchgemacht und einer „falschen Sache gedient zu haben.“ Eine Gesellschaft wie die der BRD sei lebensfähiger und lebenswerter, da „sie die Unzulänglichkeiten einbezieht, von der eine Gesellschaft nicht frei sein kann.“ Der Prozeß sei ein fairer und keinesfalls „Siegerjustiz.“ Schabowski entschuldigte sich bei den Opfern und erklärte, daß ein Regime, welches das Recht auf Freizügigkeit verwehrte und Flüchtlinge einem tödlichen Risiko aussetzte,

weit von den Ansprüchen entfernt war, die es für sich in Anspruch nahm.

Sicher hat Schabowskis – vielleicht im Nachhinein, nachdem er alle Ämter und Macht verloren hat – den Versuch unternommen, mit dem „Eingeständnis“ einer falschen Ideologie gedient zu haben, Nachsicht erwirken wollen. Jedoch nur von „Verrat“ zu reden (was die PDS als ganzes nicht tut), greift zu kurz. Für die PDS ist es eine Grundvoraussetzung ihrer Existenz und ihrer Glaubhaftigkeit, wenn sie von der Tatsache ausgeht (siehe Dokumentation), daß die sozialistische Idee durch die Mauer und die Menschenopfer, die durch nichts zu rechtfertigen sind, diskreditiert wurde. Auch, wenn sie sagt, daß die Menschen in der DDR ihrer Freizügigkeit beraubt waren. Wenn der PDS-Bundestags-Abgeordnete Manfred Müller nun in einer Erklärung sagt, daß der Bundesvorstand der PDS vereinfache, einseitig urteile und rechtfertige, geht das am Sinn der Positionsnahme des PDS-Bundesvorstands vorbei: Die PDS verurteilt die Menschenrechtsverletzungen und den Schießbefehl an der Mauer, will aber juristisch Gerechtigkeit, gleiches Recht für alle Bundesbürger, auch für die ostdeutschen, lehnt Verfolgung im McCarthy'schen Sinne ab und fordert im historischen Sinne politisches Herangehen. Die Zeit zum Umdenken in der Bundesrepublik ist reif, allerdings nicht im Schabowskischen Sinne der besseren Gesellschaftsordnung!

abe



Protest gegen die Lega, hier in Monselice (Veneto).

Anhaltende Hetze der „Lega Nord“ in Italien

Bossis „Padania“ gewinnt üble Kontur

Ab September werden im italienischen Parlament wichtige Verfassungs- und Gesetzesvorhaben verhandelt: die künftige Form des institutionellen Systems, also die Staatsform; die Zukunft des Sozialstaats und speziell die Renten; ein neues Einwanderungsgesetz. In vielerlei Hinsicht hat es Bossis Lega Nord in den vergangenen Wochen und Monaten geschafft, Bedingungen zu diktieren.

Die Verfassungsdebatte steht unter der Drohung der Sezession des Nordens. Obwohl an der „Unabhängigkeitserklärung“ vor einem Jahr viel weniger Menschen teilgenommen haben als von Bossi erwartet und obwohl die letzten Kommunalwahlen für die Lega nicht besonders gut ausgefallen sind, forciert sie den Spaltungskurs. Am 26. Oktober soll in den Nordregionen ein „padanisches Parlament“ gewählt werden. Veranstalter dieser „Wahl“ ist der Apparat der Lega. Beteiligten kann sich, wer Bossis „Erklärung der Unabhängigkeit und Souveränität der Padania“ unterschreibt. Mit diesem Akt droht Bossi eine Machtprobe an, denn „das padanische Parlament wird selbstverständlich Gesetze machen und das padanische Volk vor das Dilemma stellen: entweder die römischen Gesetze anzuerkennen oder die Gesetze, die von seinem Parlament verabschiedet sind. Wenn Rom Gewalt anwenden will, um seine Gesetze aufzuzwingen, wird es dafür die ganze Verantwortung übernehmen“. (1)

Nun hat die Lega für eine Sezession wohl selbst in ihren Hochburgen keine Mehrheit. Aber sie reitet doch auf Strömungen, die größer sind als sie selbst.

Zum Beispiel den verbreiteten Vorstellungen, daß man mit dem römischen Staat möglichst wenig zu tun haben will und ihm zur Not sogar die Steuern verweigert.

Mit der Drohung der Sezession verbindet Bossi ein „Kompromißangebot“ für die Verfassungsdebatte: eine Konföderation von „Padania“ und Italien, bei der einige wenige Kompetenzen zentral bleiben und alles andere an die Einzelstaaten übertragen werden soll. „Sicher, das ist nicht die Sezession, aber es ist das Minimum, das Rom dem padanischen Volk geben kann, wenn es nicht gezwungen sein will, ihm mit Gewalt seine Gesetze aufzuzwingen“. Zur Unterstützung dieser Forderungen will die Lega im September zu verschiedenen Kundgebungen mobilisieren und dabei in Venedig die „Bundesrepublik Padania“ proklamieren.

Im Zug dieser Kampagne fordert Bossi die Mitglieder der Gewerkschaftsbünde CGIL, CISL und UIL auf, am 6. September die Mitgliedsbücher öffentlich zu verbrennen und der „Padanischen Gewerkschaft“ (SINPA) beizutreten. Bislang hatte er mit der SINPA keinen Erfolg, aber auch nach Einschätzung linker Gewerkschafter hat die Lega unter Gewerkschaftsmitgliedern nicht wenige Wähler. Hier soll also offensichtlich in einer Aktion mit symbolischer Kraft versucht werden, eine größere Zahl von Menschen, die bislang trotz Sympathien für die Lega die Verbindung zu den Gewerkschaften nicht aufgegeben haben, aus dem gewerkschaftlichen Zusammenhang herauszurechnen. Für klassenmäßig bestimmte Gewerkschaften ist in

Bossis Ideologie kein Platz. Und sie stehen seinen Vorstellungen von marktradikaler Wirtschafts- und Sozialpolitik wie dem Separatismus entgegen.

Den größten Erfolg ideologischer Mobilisierung und damit auch der inhaltlichen Ausgestaltung der „Padania“ hat Bossi in den vergangenen Wochen mit einer beispiellosen Kampagne gegen Einwanderer und Flüchtlinge davongetragen. Die Flucht von mehreren tausend Albanern nach Italien wurde zum nationalen Einwanderungs- und Kriminalitätsnotstand aufgebaut. In breiten Kreisen wurde die Vorstellung „Einwanderer gleich kriminell gleich Gefahr“ durchgesetzt. Selbst als liberal geltende Medien sind in den letzten Wochen auf diese Propaganda eingestiegen. Bürgermeister verschiedener politischer Couleur überbieten sich in drakonischem Vorgehen. Und auf jeden propagandistischen Terraingewinn hat die Lega mit einer weiteren Forcierung geantwortet. War es früher noch opportun, fremdenfeindliche Vorstellungen und Handlungen mit dem Zusatz zu versehen: „aber mit Rassismus hat das natürlich nichts zu tun“, so wird der Rassismusbewertung inzwischen nicht mehr einfach zurückgewiesen, sondern aufgenommen nach dem Motto: Wenn so viele Leute Rassisten sind, dann spielt der Vorwurf auch keine Rolle mehr. Hier wird eine gefährliche „padanische“ Komplizenschaft zusammengezimmert und breite Kreise hineingezogen.

Die Strategie der Nichtbeachtung und der „Nichtaufwertung“, wie sie z.B. die Linksdemokraten (PDS) oder die Ge-



„1997. Letztes Jahr als Sklaven. Padania“ – Plakat der Lega (auf dem Bild in Padua im Veneto). Ein typisches Beispiel für die aufgeblasene und verlogene Propaganda der Lega. Immerhin hat der extrem zentralistische italienische Staat den Regionen im Norden über Jahrzehnte Rahmenbedingungen für ein rasantes wirtschaftliches Wachstum geschaffen.

Liberazione, die Zeitung von Rifondazione comunista, hat bei der Mailänder Staatsanwaltschaft Anzeige wegen Aufstachelung zum Rassenhaß gegen la Padania, „Offizielles Organ der Lega Nord für die Unabhängigkeit der Padania“, erstattet. Die Anzeige bezieht sich auf einen Leitartikel von Roberto Poletti in der Ausgabe vom 13.8.97 unter der Überschrift: „Was sie Rassismus nennen, ist gelegentlich nur gesunder Menschenverstand“. (unser Bild) In diesem Artikel heißt es unter anderem: „Rassist. Ja, ich bin Rassist. Rassist, Rassist und nochmals Rassist. Für den, der's noch nicht verstanden hat, ich bin Rassist. Dies ist ein rassistischer Artikel von einem rassistischen Journalisten in einer rassistischen Zeitung, Ausdruck einer rassistischen Bewegung von Abermillionen Rassenisten. (...) Ich erlaube mir, an die Herren, die uns regieren, eine etwas rassistische Frage zu richten; im Namen auch der anderen Rassenisten. Das ist sie: Wann werdet Ihr uns von den



Negern befreien, von den Huren, den Kriminellen, den Dieben von außerhalb der (europäischen) Gemeinschaft, den haselnußfarbigen Vergewaltigern und den Zigeunern, die unsere Häuser, unsere Strände, unser Leben und unseren Geist verseuchen? (...) Bescheuerte und Dummköpfe. Ihr habt das Geld unserer Steuern in den Süden geworfen im Namen des überbordenden Fürsorge-

wesens. Ihr gesteht Unterstützungszahlungen, Provisionen, ja sogar Gehälter auch denen zu, die unsere Frauen vergewaltigen. Macht Schluß damit. (...) Schließt die Grenzen, haut diese Verdammten hinaus. (...) Hier sind alle Voraussetzungen für einen Bürgerkrieg. Vermeidet ihn.“ Auch das Antirassistische Netzwerk und andere Gruppen haben Anzeige

erstattet haben, ist gescheitert und hat die Lega nicht aufgehalten.

Jetzt ändern diese Kräfte ihre Strategie und mobilisieren gegen Lega und Separatismus. Die Aktionen sind aber getrennt, und ein schlüssiges Gegenkonzept von links ist noch nicht erkennbar.

So fällt auf, daß die anderen Parteien unter Bossis Druck zögerlich auf eine föderative Umgestaltung des Landes einschwenken. Kommunalistische Vorstellungen, also die Kompetenzen konsequent auf die örtliche Ebene zu verlagern, findet man bisher aber nicht. Kommunalismus wäre aber einerseits die konsequente Abkehr vom hohen italienischen Zentralismus und andererseits eine demokratische Antwort auf Bossi. Der will ja gerade keine Demokratie von unten, sondern den italienischen Zentralismus im Norden durch einen eigenen Zentralismus ersetzen.

Am 6. September macht nun die „Mitte-Links“-Regierungskoalition vier Kundgebungen im Veneto, wo die separatistischen Bestrebungen am stärksten sind. Der Regierungschef Prodi und zahlreiche Minister wollen in Venedig, Verona, Vicenza und Padua sprechen.

Eine Woche später mobilisieren Rifondazione comunista, die Grünen, die Zeitung il manifesto und verschiedene Umwelt- und Antirassismusorganisationen nach Venedig, „um die Opposition gegen den fremdenfeindlichen Legismus, den sozialen Egoismus und die abgeschlossenen Mikro-Vaterländer zu bekräftigen“.

Und am 20. September schließlich rufen die Gewerkschaftsbünde CGIL, CIS und UIL und andere weltliche und katholische Verbände zu Kundgebungen in Mailand und Venedig auf. *rok*

(1) la Padania, 22.8.97

Bosnische Serben gespalten

Eine kriegerische Auseinandersetzung wird immer wahrscheinlicher

Mit offenen Drohungen hat sich jetzt der deutsche Außenminister Kinkel in die Auseinandersetzungen innerhalb der bosnischen Serben eingeschaltet.

In einem Brief an den Präsidenten der Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ) Milosevic fordert er diesen auf, sich eindeutig an die Seite der Präsidentin der Republika Srpska, Plavsic, zu stellen. Plavsic und ihr Vorgänger im Amt Karadzic sind die Hauptpersonen in dem nun schon seit Wochen andauernden Auseinandersetzung um die Macht in der bosnischen Teilrepublik. Kinkel wirft ihm direkt Vertragsbruch vor, wenn er diesen Schritt nicht unternehme. Er habe den Vertrag von Dayton mit unterschrieben und sei daher verpflichtet, dessen Bestimmungen umzusetzen. Wenn er dies nicht tue, habe das Einfluß auf die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der BRJ. Bereits gewährte Handelserleichterungen werden dann zurückgenommen, wenn der Präsident der BRJ jetzt nicht macht, was der deutsche Außenminister von ihm verlangt.

Schon im Mai 1997 beim Ministertreffen des „Peace Implementation Councils“ (PIC) im portugiesischen Sintra hatten sich die westlichen Staaten auf eine härtere Gangart in Bosnien geeinigt. Damals wurde die Marschrichtung für die derzeitigen Auseinandersetzungen in der Republika Srpska festgelegt. Der Brief von Kinkel an Milosevic ist insofern Teil

der in Portugal festgelegten Strategie. Zeitgleich mit dem Brief an Milosevic traf der amerikanische Sondergesandte Gelbard in Belgrad ein. Er kam direkt aus Moskau, wo er die russische Regierung davor warnte, irgendwelche Sonderaktionen mit Belgrad auszuhandeln. Um den Druck hier nochmals zu verstärken, reiste der deutsche Außenminister ebenfalls nach Moskau.

Vor seinem Gespräch mit Milosevic hatte Gelbard in einem Interview, das er der serbischen Zeitung *Danas* gegeben hatte, Milosevic Konsequenzen angedroht und eine negative Haltung der westlichen Staatengemeinschaft angekündigt, wenn Milosevic nicht spurt.

Das Ganze ist jetzt das Vorgeplänkel für den militärischen Einsatz der NATO-Truppen, der wahrscheinlich Ende des Monats ins Haus steht.

Die *Süddeutsche Zeitung* titelte: „Die Nato nähert sich dem Krieg“ (26.8.). Es müsse hart durchgegriffen werden. Die Nato habe der privaten Polizeitruppe von Karadzic bis Ende des Monats Zeit gegeben, sich aufzulösen. Das werde sie nicht freiwillig tun, daher sei das militärische Eingreifen notwendig.

Daß die Bundeswehr sich dann aus diesem Konflikt heraushalten wird, hat Ruhe schon oft genug von sich gewiesen. Das Kommando Spezialstreitkräfte in Calw steht bereit, um auf Rühes Befehl nach Bosnien zu marschieren.

Die Marschrichtung, die die Minister im Mai festgelegt haben, hat jetzt soweit schon einen ersten Erfolg gebracht: Die Republika Srpska ist gespalten. Das war das erste Ziel. Endgültig geht es aber um die Zerschlagung der Republik. Oder, wie es die FAZ am 25.8. formulierte: „Der einzige matte Lichtschimmer ist das Verfaulen der Republika Srpska.“ *hav*

100 Jahre Zionismus – Herzl und seine Erfolge

Groß wurde das Ereignis angekündigt, anders als der Gegenkongreß zwei Wochen zuvor.

In Basel herrschte Sicherheitsstufe 1, Soldaten aus der Schweizer Armee riegelten das Stadtcasino ab, in dem heute – wie vor hundert Jahren – die Feierlichkeiten begangen wurden. Peinlich aber auch die Selbstdarstellung der Schweiz, die nicht nur vor 1945 jüdischen Menschen die Grenzen verschloß, sondern bis zur Gegenwart daran festhält, es befänden sich lediglich geringe Summen auf Schweizer Nummernkonten. Wäre nicht der Druck aus den USA, die Regierung in Bern würde noch heute an ihrem festgefügt Weltbild festhalten, daß sie alles in ihrer Macht stehende getan habe, um sich die Hände nicht schmutzig zu machen.

1897 traf sich unter Leitung des Journalisten Theodor Herzl der erste Zionistenkongreß der Welt; er endete mit der für Herzl erfolgreichen Feststellung, „in Basel habe ich den Judenstaat begründet“, so verriet sein Tagebuch.

„Der Zionismus erstrebt die Erwerbung einer sicheren Zuflucht für das Volk Israel in Erez-Israel durch eine öffentliche Entscheidung.“ Er betonte die Notwendigkeit, „die Juden in allen Ländern der Diaspora zu vereinen, ihr nationales jüdisches Bewußtsein zu stärken und eine politische Aktion zu organisieren, um die Unterstützung von Regierungen für die zionistischen Pläne zu erlangen“.

Herzl mußte seine Ideen innerhalb der jüdischen Bewegung erst durchsetzen. Es hat – bis heute – unterschiedliche Ansichten hinsichtlich der Emanzipation gegeben

In den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts gelangten einige jüdische Intellektuelle zu der Erkenntnis, daß man den Druck der Repression durch eigene Aktivität gezielt abschütteln mußten. Die Befreiung der Arbeiterklasse von politischer Ausbeutung und der Juden von politischer Diskriminierung seien zwei Seiten derselben Medaille. Genau daran glaubten auch die Marxisten der Zweiten Internationale, die Emanzipation der Juden würde zu ihrer Assimilation führen. In der Tat hatte nur der halbfeudale Zarrismus in den 65 Jahren zwischen der bürgerlichen Revolution von 1848 und dem Ersten Weltkrieg eine offen antisemitische Ideologie und Praxis. Der Assimilationsprozeß in Westeuropa schien sich unaufhaltsam zu verwirklichen.

In beiden Ländern, in denen die bürgerliche Revolution 1848 und damit die Judenemanzipation gescheitert waren, tauchten in den 1880er und 90er Jahren antisemitische Massenbewegungen auf, die des Hofpredigers Stoecker in Berlin und des Bürgermeisters Lueger in Wien,

die den Herzl davon überzeugten, daß der Weg der Assimilation versperrt sei.

Er erklärte nun: „Die Antisemiten werden unsere verlässlichsten Freunde, die antisemitischen Länder unsere Verbündeten ... Die Antisemiten haben recht behalten ... sie haben recht behalten, weil sie Recht haben. Sie konnten sich von uns nicht im Heer, in der Verwaltung, in allem Verkehr unterjochen lassen, zum Dank dafür, daß man uns aus dem Ghetto herausgelassen hat. Vergessen wir nie diese großmütige Tat der Kulturvölker.“

In einer Periode, in der revolutionäre Bewegungen in den Kolonien noch eine Ausnahme waren und keiner von ihnen die Befreiung von der Kolonialherrschaft gelang, konnte Herzl sein Ziel, eine „Zuflucht für das Volk Israel“ zu gewinnen, nur mit Hilfe der Kolonialmächte erreichen. Er versuchte es u.a. über Kaiser Wilhelm II., den Außenminister Chamberlain, Viktor Emanuel, den König von Italien, den Sultan der Türkei.

Erst die Judenvernichtung führte zum Aufschwung des Zionismus

Herzl scheiterte damals. Neben anderem scheiterte er an seinen Glaubensgenossen, von denen fast drei Millionen dem pogromistischen Zarenreich in den 30 Jahren vor dem Ersten Weltkrieg den Rücken kehrten. Aber nur wenige Zehntausende wanderten nach Palästina aus, und viele verließen es wieder. Erst der Vernichtungsfeldzug des NS-Faschismus wendete den Traum von Herzl; nunmehr wurde „Erez Israel“ für viele zur letzten Zufluchtstätte.

Isaak Deutscher schrieb: „Vor dem Aufstieg des Nazismus und selbst danach weigerte sich die überwältigende Mehrheit der Juden, dem zionistischen Aufruf zu folgen. Sogar in Osteuropa, wo sie in großen und geschlossenen Gemeinden lebten, ihre eigene Sprache pflegten, ihre eigene Literatur und Kultur entwickelten und ungezügelter Diskriminierungen zu erdulden hatten, betrachteten sich die Juden als Bürger der Länder, in denen sie lebten, und verbanden ihre Zukunft mit der Zukunft dieser Länder, nicht mit einer jüdischen Heimstätte in Palästina. Gut die Hälfte des osteuropäischen Judentums, allen voran seine große und starke Arbeiterbewegung, stand dem Gedanken einer solchen Heimstätte mit bewußter und unversöhnlicher Feindschaft gegenüber.“ („Die ungelöste Judenfrage“, Berlin 1977, S. 79)

„1939 wählten die jüdischen Gemeinden in Polen zum letzten Mal die Gemeindevorsteher für ihre ‚Kehiles‘ (jiddisch für Gemeinden). Die Kommunisten, damals von großem Einfluß, betrachteten die Kehiles als klerikale Institutionen und boykottierten die Wahl. Der

entschieden antizionistische ‚Bund‘ (Jüdische Arbeiterpartei) beteiligte sich und gewann eine große Mehrheit. (Nur ein relativ kleiner Zweig der sozialistischen Bewegung, die Poale Zion, versuchten, Zionismus und Sozialismus zu verbinden.) Jüdische Stimmen im Westen setzen Antizionismus sehr oft mit Antisemitismus gleich. Danach wären die osteuropäischen Juden in ihrer großen Mehrheit einfach Antisemiten gewesen. Aber ein solcher Schluß ist natürlich völlig absurd.“ (I. Deutscher)

Die deutsche antifaschistische Bewegung war ihrerseits unfähig, eine gemeinsame Abwehrfront gegen Hitler zu bilden.

Die Führung der KPD lehnte ebenso wie die der SPD eine „zeitweilige praktische Verständigung“ im gemeinsamen Kampf gegen Hitler ab, auch gegen den Antisemitismus. Beide begriffen nicht, daß Kapitalisten, die als Juden bekämpft werden, gegen Antisemiten verteidigt werden müssen, auch wenn die Arbeiterklasse verpflichtet ist, ihre Rechte gegen die Kapitalisten durchzusetzen.

Der Zionismus als Kolonialismus

Der anschließend in Palästina einsetzende Prozeß der Kolonisierung beruhte auf drei Pfeilern:

- die Histadruth mit einem heute gewaltigen Imperium;
- die Kibbuzbewegung mit der wegweisenden Landnahme arabischen Bodens und
- der Haganah, die geheime militärische Organisation.

Ausrufung des israelischen Staates am 15. Mai 1948, erster arabisch-israelischen Krieg 1948/1949. Die weiteren Stichworte sprengen den Rahmen einer kurzen Darstellung.

Zahlreiche sind heute die Fakten, die die bisherige Ideologie – was die Grundlagen des Zionismus in seiner repräsentativen Gestalt wie auch die faktische Durchsetzung dieser Ideen in Palästina angeht – hinterfragen. Freiwillige Flucht der palästinensischen Bevölkerung etc.

Der Historiker Benny Morris von der Universität Jerusalem gelangt zu der Auffassung: „Die neue Geschichtsschreibung hat eine Reihe zentraler Argumente oder „Mythen“ des Zionismus untergraben oder gar zerstört – so das Argument, daß die Palästinenser „freiwillig“ aus Palästina geflohen sind, oder von ihren Führern oder arabischen Führerfiguren außerhalb Palästinas dazu angestiftet wurden. In meinen Büchern vertrete ich im Gegensatz dazu den Standpunkt, daß die meisten Araber wegen der militärischen Bedrohung und des Drucks von Seiten der Juden zu Flüchtlingen geworden sind ...“

mc

Genf: Kuba klagt die USA der biologische Kriegsführung an

Die Vertragsstaaten des Abkommens über biologische Waffen haben in Genf Beratungen über kubanische Vorwürfe aufgenommen, wonach die USA biologische Waffen über Kuba eingesetzt haben. Nach kubanischen Angaben soll ein amerikanisches Flugzeug beim Überfliegen Kubas im Oktober 1996 den Pflanzenschädling Thrips Palmi versprüht haben. Thrips Palmi gehört zu den Gewitterfliegen. Er kann erhebliche Schäden an Kartoffeln und anderen Nutzpflanzen verursachen. Zwei Monate nach dem Überflug brach in Kuba eine Thrips-Plage auf. Die kubanische Anklage wird vermutlich zu einer offiziellen Untersuchung des Vorfalls führen.

BRD-Offensive in Zentralasien

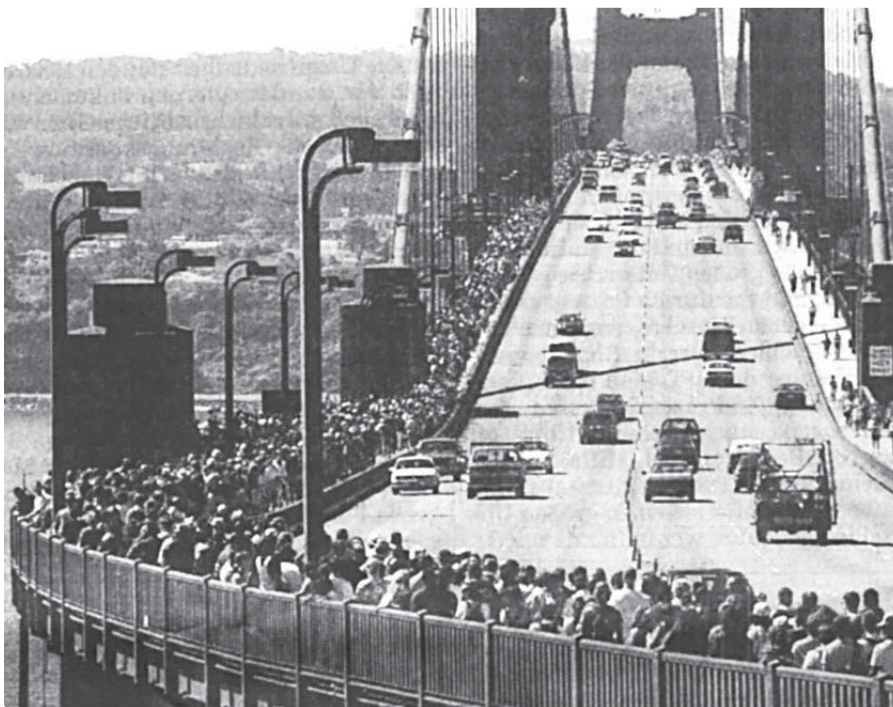
Bundeswirtschaftsminister Rexrodt ist in der vergangenen Woche mit einem Großaufgebot an Kapitalistenführern nach Zentralasien aufgebrochen. Die FAZ schreibt euphorisch: „Die deutsche Wirtschaft hat in Zentralasien eine neue vielversprechende Marktregion entdeckt.“ Die enormen Rohstoffreserven böten gute Investitions- und Absatzmöglichkeiten. Noch gäbe es jedoch allerlei Hemmnisse, die die Rexrodt-Karawane nun überwinden soll. Rexrodt sagte in einem Gespräch mit der FAZ, nachdem sich Zentralasien aus der Umklammerung von Rußland gelöst hätte, will es nicht eine weitere Umklammerung durch die USA erdulden. Hier müsse die BRD nun dazwischen gehen. Einen ersten Erfolg kann das bundesdeutsche Kapital schon vorweisen. In Kasachstan wird 1998 die bisher größte deutsche Erdöl-Förderanlage in Betrieb genommen. Die deutschen Förderunternehmen RWE-DEA und Erdöl-Erdgas Gommern wollen in den nächsten 20 Jahren 15 Mio. Tonnen Erdöl fördern. Dafür haben sie ein internationales Gemeinschaftsunternehmen mit dem Namen „Kazgermunai“ gegründet. Am vergangenen Montag unterzeichnete das Unternehmen einen Kreditvertrag über 107 Mio. DM mit einem Konsortium unter Führung der Dresdner Bank.

UPS-Streik: Erfolg für Gewerkschaft mit Hindernissen

Kurz nachdem die „Teamster“ und die Presse das Verhandlungsergebnis zwischen der Gewerkschaft und dem Transportunternehmen UPS als bahnbrechenden Erfolg der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung feierten, kam die kalte Dusche. Wegen angeblicher illegaler Wahlkampfspenden erklärte das Justizministerium die Wahl des Gewerkschaftsvorsitzenden Ron Carey für ungültig. Gleichzeitig kündigte der weltgrößte Paketdienst an, daß neben den garantierten 10.000 Vollzeitarbeitsplätzen 15.000 Entlassungen anstehen. Nach 15

Tagen Streik, der weltweit unterstützt wurde, hatten die Gewerkschaftler einen Sieg erkämpft: Lohnerhöhungen, Vollzeitjobs für einige Teilzeitbeschäftigte und Weiterführung der selbstverwalteten Rentenkasse. Dieses Ergebnis und die Solidarität während des Streiks war einigen ein Dorn im Auge. Mit der Wahlannullierung und den Entlassungen scheint jetzt die Retourkutsche zu kommen. Ron Carey war vor einem Jahr in einem knap-

tente von 1918 bezeichnet. Anlaß dazu gibt die Teilnehmerliste von Sea Breeze: USA, Ukraine, Türkei, Rumänien und andere Anrainer des Schwarzen Meeres. Unter den Beobachtern sind die BRD, Großbritannien und Italien. Die Westeuropäer sagten auf Grund der Proteste ihre direkte Teilnahme am Manöver ab. Daran scheiterten auch die Pläne, eine Landeoperation auf der Krim zu üben. Einige tausend De-



Mehrere tausend Demonstranten haben in San Francisco/Kalifornien gegen die Abschaffung der Programme zur Förderung von Minderheiten protestiert. Mit dem Bürgerrechtler Jesse Jackson an der Spitze marschierten sie über die Golden Gate Bridge. Im November 1996 hatten in einem Volksentscheid 56% die Abschaffung der sog. „Affirmative Action“-Programme gefordert. Nun folgte das Gesetz. Die Programme waren in den 60er Jahren eingeführt worden, damit benachteiligte Minderheiten die Möglichkeit hatten, durch besondere Förderungen zu studieren und im öffentlichen Dienst stärker berücksichtigt zu werden. Die Bürgerrechtsbewegung „American Civil Liberties Union“ will nun den Obersten Gerichtshof anrufen, um das Inkrafttreten des Gesetzes zu verhindern. Neben Kalifornien erwägen auch die anderen Bundesstaaten die Abschaffung der Förderprogramme. (Photo: AP)

pen Wahlausgang zum neuen Vorsitzenden gewählt worden. Mit der Forderung, die als korrump angesehenen alte Gewerkschaftsspitze auseinanderzujagen, wurde Carey gewählt. Die unklare Herkunft von Spenden nahm das Ministerium nun zum Anlaß, die Wahl zu annullieren. Das Vorgehen ist zu eindeutig. Durch die von UPS angekündigte Entlassungswelle soll das Ansehen des Gewerkschaftsvorsitzenden weiter demontiert werden.

Ukraine: NATO-Manöver erregt heftigen Widerspruch

Das Nato-Manöver „Sea Breeze“ im Schwarzen Meer war von starken Protestaktionen auf der Halbinsel Krim begleitet. Unter der Krim-Bevölkerung werden die Militärspele als eine Neuaufgabe der Kriegsinvasion der En-

monstranten aus der ganzen Ukraine sowie aus einigen Teilen Rußlands protestierten auf Initiative der Kommunisten in der Stadt Jewpatorija. Leonid Gratsch, Chef der Krim-KP, forderte ein Stopp des Manövers. Auch die russische Opposition meldet sich auf der Halbinsel (durch die russische Krim-Gemeinde) und in Moskau zu Wort. Sergej Baburin, Chef der Abgeordneten-Gruppe Anti-NATO in der Duma, bezeichnete das Manöver als eine feindliche Aktion einiger NATO-Mitglieder gegen Rußland, die die Lage in der Schwarzmeerregion destabilisiere und die Widersprüche zwischen Rußland und Ukraine künstlich schüre. Mit Blick auf Jugoslawien, so Baburin, können solche friedenserhaltenden Operationen als verdeckte Vorbereitung auf Kriegshandlungen gewertet werden.

Zusammenstellung: (hav)

Durchreiseplatz für Roma fehlt weiter

FRANKFURT. Seit Jahren fordert die Roma-Union die Einrichtung eines Durchreiseplatzes. Besonders über die warmen Monate gehen wöchentliche Anfragen im Büro ein, die vorübergehende Stellmöglichkeiten zum Gegenstand haben. Die Roma-Union empfindet es als skandalös, daß die wichtigen politischen Entscheidungsträger dem Anliegen entweder mit Schweigen oder Ablehnung gegenüberstehen.

Die Schwierigkeiten, die bei der Nutzung des Rebstockgeländes für die Roma-Mission auftraten, wären durch die Ausweichmöglichkeiten, die ein richtig organisierter und bewirtschafteter Standplatz böte, schnell behoben gewesen ...

Die Roma-Union stellt fest, daß das begrüßenswerte ... Engagement der Grünen nicht ausreicht ...

In der ablehnenden und hinhaltenden Reaktion seitens der Stadtverwaltung sieht die Roma-Union eine Einstellung, die die Roma aus Frankfurt am Main fernhalten will und den vorübergehenden Aufenthalt von Roma-Familien so stark mit Repressalien belegt, daß eine frühe Vertreibung vorprogrammiert ist ...

PM der Roma-Union FfM, 19.8.97

UZ-Pressfest durchgeführt

DORTMUND. 40000 Leute sollen nach Angaben der Veranstalter das UZ-Pressfest besucht haben. Die DKP führt dieses Fest alle zwei Jahre seit geraumer Zeit durch. 33 ausländische Organisationen waren vertreten, darunter Delegationen aus Cuba und Südafrika. Zahlreiche Informationsveranstaltungen mit Vertretern verschiedener politischer Strömungen fanden Interesse. Auffällig war, daß auch zahlreiche Leute aus den neuen Bundesländern gekommen waren, aber auch junge Leute.

jöd

„Antifa-Workcamp“ gezielt behindert – Kommunistische Plattform protestiert

BERLIN. Dem folgenden Schreiben wandte sich der Bundeskordinierungsrat der Kommunistischen Plattform am 2. August an die Direktion der Gedenkstätte Buchenwald in Weimar: Der Bundeskordinierungsrat der Kommunistischen Plattform der PDS protestiert gegen die gezielte Behinderung und Verleumdung des diesjährigen „Antifa-Workcamps“ durch Vertreter der Leitung der Gedenkstätte und der Stadt Weimar. Öffentlich befragt, erklärte Herr Rikola-Gunnar Lüttgenau als ihr Vertreter in einem Interview mit der „junge Welt“ vom 23. Juli 1997, „daß sie aus politischen Gründen die Zusammenarbeit ablehnen“ und folglich den Teilnehmern unentgeltliche Restaurierungsarbeiten auf dem Gelände untersagen. Gleichzeitig behin-

derte das Versorgungsamt der Stadt Weimar, in Person des Herrn Gallmüller, die Unterbringung der über 200 angereisten Antifaschisten durch das Lancieren von Zwecklegenden des thüringischen Staatsschutzes gegen die Organisatoren. Für Weimar, als kommende Kulturhauptstadt Europas 1999, ist das ein Skandal. Maßgebliche Vertreter der Stadt scheuen die Auseinandersetzung mit der nazistischen Vergangenheit. Statt dessen setzen sie auf einen neokonservativen Geschichtsrevisionismus im Sinne eines Herrn Niehammer („Die SED und die roten Kapos von Buchenwald“), Forschungen mit dem Zweck, Opfer und Täter gleichzustellen. Der bekannte Widerstand der politischen Häftlinge ist jedoch kein Thema der öffentlichen Förderung. Die verhöhnende Kommentierung der Gedenktafel für Ernst Thälmann reiht sich nahtlos in diese Linie ein. Was unternimmt die Stadt Weimar gegen den kürzlich bekannt gewordenen Frevel an sowjetischen Soldatengräbern durch Stadtbedienstete? Wir verlangen von den Verantwortlichen:

- eine offene Entschuldigung an die Campsteilnehmer und an die Russische Vertretung
- die Garantie, 1998 das 10. Camp ohne Einschränkungen stattfinden zu lassen.

Demonstration gegen Nazi-Buchversand in Lingen/Niedersachsen

LINGEN. Am 13.9.1997 um 14 Uhr findet in Lingen eine Demonstration statt, um auf Nazi-Aktivitäten in der Region aufmerksam zu machen.

Einer der führenden Köpfe der Neonazis im Emsland ist der Lingener Jens Hessler, der einen Versand/Laden betreibt, in dem vorwiegend Nazimusik, aber auch diverses anderes Propagandamaterial zu haben ist. Hessler betreibt sein Geschäft in beträchtlichem Umfang.

aus Antifaschistische Nachrichten

Abgeordnete sollen mit 18.000 DM diszipliniert werden

INGOLSTADT. Zum Strafbefehl des Amtsgerichtes Tiergarten erklärt die Umweltpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsgruppe, Eva Bulling-Schröter:

Heute erhielt ich den Strafbefehl des Amtsgerichts Berlin-Tiergarten in Höhe von 18.000 DM. Begründet wurde dieser Strafbefehl mit dem öffentlichen Verbreiten von Schriften zum Aufruf einer rechtswidrigen Tat. Ein gleichlautender Strafbefehl wurde auch meiner Kollegin von Bündnis 90/Die Grünen, der Bundestagsabgeordneten Elisabeth Altmann, zugestellt.

Auslöser des Strafverfahrens ist unser Engagement gegen die Castor-Transporte und für den Ausstieg aus der Atomenergie. Wir unterzeichneten einen Aufruf, der mehrmals als Beilage in der taz erschien und von mehreren Bundes- und Landtagsabgeordneten sowie anderen



3. Oktober – Es gibt nichts zu feiern

Die diesjährigen zentralen Feierlichkeiten zum Tag der Einheit am 3. Oktober finden in Stuttgart statt. Die Wiedervereinigung wird immer in dem Bundesland gefeiert, dessen Ministerpräsident dem Bundesrat vorsteht. Bis Ende Oktober ist Erwin Teufel in dieser Position.

Die gesamte Politprominenz, angefangen von Roman Herzog über Bundeskanzler Kohl, dem Bundeskabinett bis hin zu den Ministerpräsidenten der Länder werden erwartet. Auch der frühere US-Präsident George Bush hat sein Kommen zugesagt. Nach einem ökumenischen Gottesdienst gibt es einen Festakt im Großen Haus der Württembergischen Staatstheater (Festredner George Bush) sowie einen Empfang des Bundespräsidenten im Neuen Schloß.

Das „Linksradikale Bündnis 3. Oktober“, in dem verschiedene Antifa-Gruppen, die Ökologische Linke u.a. zusammenarbeiten, ruft anlässlich der Feierlichkeiten zu einer Demonstration auf. Die Demonstration findet statt am 3. Oktober 1997, 12 Uhr, Universität, Keplerstraße

AtomkraftgegnerInnen unterschrieben wurde. In diesem Aufruf wurde u.a. zu einer symbolischen Schienendemontage vor dem AKW Gundremmingen aufgerufen, um auf die Gefahren der Atomenergie aufmerksam zu machen. Da es sich um eine nur für Transporte genutzte Nebenstrecke handelt, bestand zu keinem Zeitpunkt Gefahr für Menschen. Auch Sachen wurden bei dieser Aktion nicht beschädigt.

Daher ist das Strafmaß des Amtsgerichts Tiergarten weit überhöht. Genau so wie die Aktionen Gundremmingen symbolischen Charakter hatten, soll nun dieses Urteil als abschreckendes „Symbol“ für außerparlamentarische Bewegungen herhalten. Es ist vergleichbar mit der Hysterie bundesdeutscher Gerichte im Herbst 77 und soll engagierte Menschen abschrecken und mundtot machen. Deshalb habe ich, genauso wie Frau Altmann gegen den Strafbefehl Einspruch eingelegt. Eva Bulling-Schröter, MdB

Initiativen sehen in dem Urteil einen „Putschversuch gegen das Volk“



Höchst zufrieden ist die CSU mit dem Urteil des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 29. August 1997 über den Bürgerentscheid auf kommunaler Ebene. SPD, Grüne und Bürgerinitiativen dagegen sehen darin einen Versuch, die vom Volk erkämpfte kommunale Beteiligung auf kaltem Wege auszuhebeln. Während in Bayern Volksentscheide zur Landespolitik ohne Quorum durchführbar sind, soll nun für kommunale Entscheide eine Mindestbeteiligung festgelegt werden. Damit werden die Rechte der Bürger gegenüber seiner Stadt geringer angesetzt als die gegenüber dem Staat. Diese reaktionäre Auslegung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts wird noch zu weiteren Auseinandersetzungen führen. Aus diesem Grund und weil das bisherige Gesetz die demokratischsten Regelungen in Deutschland enthält, dokumentieren wir hier die Stellungnahme der Aktion „Mehr Demokratie e.V.“.

Der Beschluß des Verfassungsgerichtes

Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hält das bestehende, vom Volk am 1.10. 1995 beschlossene Bürgerentscheidsrecht in drei Punkten für verfassungswidrig: die aufschiebende Wirkung von Bürgerbegehren, durch die die Gemeinderäte bis zum Bürgerentscheid keine dem Begehren entgegenstehenden Entscheidungen treffen dürfen und die Kombination des Mehrheitsprinzips bei Bürgerentscheiden (d.h. das Nichtvorhandensein einer Abstimmungsklausel) mit der dreijährigen Bindungswirkung von Bürgerentscheiden (d.h. die Änderung eines Bürgerentscheids ist in dieser Frist nur durch einen weiteren Bürgerentscheid, aber nicht durch den Gemeinderat möglich). Zwei weitere Regelungen des Bürgerentscheids werden vom Gericht zwar kritisiert, aber nicht für verfassungswidrig erklärt, da der Bereich der „gesetzgeberischen Gestaltungsfreiheit“ noch nicht überschritten sei: – Bürgerentscheide, die Auswirkungen auf den Finanzhaushalt haben, und – die freie Unterschriftensammlung bei Bürgerbegehren. Die aufschiebende Wirkung hat der Verfassungsgerichtshof mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Desweiteren hat das Gericht dem Gesetzgeber bis zum Jahr 2000 den Auftrag gegeben, eine Abstimmungsklausel einzuführen und/oder die Bindewirkung zu streichen oder zu reduzieren. Dem Gesetzgeber bleibt es dabei überlassen, was er in welcher Kombination verändert.

Konkret bedeutet dies: Alle bisherigen Bürgerentscheide sind gültig. Auch in Zukunft können Bürgerentscheide auf

der bestehenden Gesetzesgrundlage durchgeführt werden, eine aufschiebende Wirkung von Bürgerbegehren besteht jedoch nicht mehr. Bis zum Jahr 2000 sollen weitere Veränderungen des Bürgerentscheidungsgesetzes vorgenommen werden.

Begründung des Verfassungsgerichtes

Zur Begründung des Urteils führte das Gericht aus, daß die Bürgerentscheidsregelungen Art. 11 Abs. 2 und Abs. 4 und Art. 10 Abs. 1 der Bayerischen Verfassung widersprechen würden.

Der Artikel 11 BV lautet wie folgt:

- Abs. 2: „Die Gemeinden sind ursprüngliche Gebietskörperschaften des öffentlichen Rechts. Sie haben das Recht, ihre eigenen Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze selbst zu ordnen und zu verwalten, insbesondere ihre Bürgermeister und Vertretungskörper zu wählen.“
- Abs. 4: „Die Selbstverwaltung der Gemeinden dient dem Aufbau der Demokratie in Bayern von unten nach oben.“

Das Gericht führt dazu aus: „Zum Selbstverwaltungsrecht nach Art. 11 Abs. 2 Satz 2 BV gehört, daß die verfassungsmäßigen Organe der Gemeinden, ihre Bürgermeister und „Vertretungskörper“, funktionsfähig und in der Lage bleiben müssen, eigenständig und selbstverantwortlich über die Angelegenheiten der Gemeinde zu entscheiden.“ (S. 36)

- Die aufschiebende Wirkung könnte „die Verwaltungstätigkeit der Gemeinde und Landkreise in Teilgebieten – wenn auch zeitlich begrenzt – zum Erliegen bringen“. (S. 39)
- Durch das Nichtvorhandensein einer Abstimmungsklausel „wird es möglich gemacht, daß bei beliebig geringer Beteiligung auch sehr kleine Minderheiten über die Geschicke der Gemeinde und des Landkreises bestimmen“. (S. 43)
- Durch die dreijährige Bindungswirkung eines Bürgerentscheids könne der Gemeinderat „nicht mehr angemessen handeln und auf veränderte Umstände und neue Entwicklungen nicht mehr reagieren“ (S. 42 des Urteils).

Ein politisches Urteil

Bei der Begründung des Gerichts fällt folgendes auf:

- Die vom Verfassungsgericht vorgebrachten Argumente entsprechen haargenau den Argumenten, die vor der Einführung des Bürgerentscheids 1995 von seiten der CSU und den kommunalen Spitzenverbänden vorgebracht wurden. Damals hat das bayerische Volk diese Argumentation abgelehnt und dem Gesetz-

entwurf von Mehr Demokratie e.V. zugestimmt. Es entsteht damit der Eindruck, daß das Gericht nur das durchzusetzen versucht, wovon die CSU 1995 das Volk nicht überzeugen konnte.

- Aus Art. 11 BV ergibt sich nichts, was gegen die Regelungen des Bürgerentscheids spricht. Das Gericht beschäftigt sich auch erst gar nicht mit dem Text der Verfassung. Das kommunale Selbstverwaltungsrecht dient dazu, die Kommunen vor dirigistischen Eingriffen durch das Land zu schützen. Das Gericht dreht das um und will nun die Volksvertreter vor dem Volk schützen.

- Das Gericht geht von einem Vorrang der repräsentativen Demokratie vor der direkten Demokratie aus. Auch dies steht nirgends in der Verfassung. Tatsächlich heißt es in Artikel 2 „(1) Bayern in ein Volksstaat. Träger der Staatsgewalt ist das Volk. (2) Das Volk tut seinen Willen durch Wahlen und Abstimmungen kund. Mehrheit entscheidet.“ Nach der Bayerischen Verfassung ist die repräsentative und direkte Demokratie gleichgestellt.

- Das Gericht hielt es auch nicht für nötig, auf Art. 2 der Bayerischen Verfassung einzugehen, der festschreibt „Mehrheit entscheidet“. Durch diesen Artikel ist eine Abstimmungsklausel bei landesweiten Volksentscheiden verfassungswidrig, was das Bayerische Verfassungsgericht 1949 selbst entschied. Das Prinzip „Mehrheit entscheidet“ muß auch für die Kommunen gelten, da auch hier die Bürger als Souverän entscheiden. So gesehen hat das Verfassungsgericht eine verfassungswidrige Entscheidung getroffen.

- Das Gericht spricht von „Erliegen der Verwaltungstätigkeit“ und „Entscheidungen durch Minderheiten“ ohne zu prüfen, ob dies in der Praxis tatsächlich eintritt. Nach unseren Untersuchungen kann man davon überhaupt nicht sprechen. Die Abstimmungsbeteiligung liegt bei durchschnittlich ordentlichen 48 Prozent. Für eine Lähmung der Kommunalpolitik gibt es keine praktischen Hinweise. Häufig wurden durch Bürgerentscheide sogar nicht endende Debatten von Gemeinderäten beendet. Aus der Praxis heraus gibt es keinen Grund zur Änderung des Bürgerentscheidsrechtes.

- Nicht nur, daß sich das Gericht für die praktischen Erfahrungen nicht interessiert, es interessiert sich auch nicht für die rechtliche Literatur und Kommentierung. In den wesentlichen Stellen der Begründung gibt es keinen einzigen Litera-

turhinweis. Das Urteil gleicht damit eher einem Schnellschuß aus der Hüfte als einer seriösen juristischen Arbeit.

- Aus dieser Gesamtschau ist das Urteil nur dadurch erklärlich, daß das Verfassungsgericht mit einfacher Mehrheit von der Landtags-CSU besetzt ist, so daß ca. 90 Prozent der Richter CSU-nah sind.

Die Auswirkungen des Urteils

Die drei vom Gerichtshof kritisierten Punkte schränken den Bürgerentscheid weitgehend ein:

- Ab sofort können anlaufende Bürgerbegehren durch die Schaffung von vollendeten Tatsachen von den Gemeinderäten ausgehebelt werden. Ab sofort können Gemeinderäte also, wenn zum Beispiel ein Bürgerbegehren sich gegen den Abriß eines Hauses richtet, trotz bevorstehendem Bürgerentscheid die Abrißbagger bestellen. Hier wird ein riesen-großes Konfliktpotential eröffnet. Überhaupt wird die Tendenz zunehmen, umstrittene Entscheidungen möglichst im Stillen zu treffen, um sie vor Bürgerbegehren zu schützen.

- Durch die Einführung einer Abstimmungsklausel beim Bürgerentscheid würden unzählige Bürgerentscheide in den Papierkorb wandern. Bei einer 25%-Klausel wären zum Beispiel fast jeder dritte Bürgerentscheid und alle Bürgerentscheide in Großstädten ungültig.

- Durch eine Aufhebung der Bindungswirkung besteht die Gefahr, daß Bürgerentscheide von Gemeinderäten mißachtet werden. Nach allen praktischen Erfahrungen ist dieser Punkt im Vergleich zu den zwei anderen weniger relevant, da es für Gemeinderäte politisch sehr schwer ist, sich gegen ein Bürgervotum zu stellen.

Das Volk hat entschieden, das Volk soll wieder entscheiden !

Der Bürgerentscheid wurde am 1. Oktober 1995 von der bayerischen Bevölkerung per Volksentscheid eingeführt. Bayerns Bürger hatten für den Grundsatz „Mehrheit entscheidet“ abgestimmt. Diese Entscheidung wurde vom Verfassungsgericht wieder in Frage gestellt. Das Bürgerentscheidsrecht ist ein Volksgesetz. Also soll auch das Volk entscheiden, ob es eine Veränderung des Bürgerentscheids gibt. Unsere Antwort auf das Urteil ist ein Volksbegehren, das zum Ziel hat, die Verfassung durch ein neues Volksbegehren so zu ändern, daß das bestehende Bürgerentscheidsrecht auch vom Verfassungsgericht nicht mehr als verfassungswidrig angesehen werden kann. Auf einer außerordentlichen Landesversammlung von Mehr Demokratie e.V. am 13. September wird die Formulierung und der Zeitplan des geplanten Volksbegehrens besprochen.

Thomas Mayer, Geschäftsführer Mehr Demokratie e.V., Tim Weber, Vorstandssprecher Mehr Demokratie e.V.

30.8.97

Appell

Gegen die Abschiebung palästinensischer und anderer Flüchtlinge aus Deutschland in den Libanon

Pro Asyl, die Forschungsgesellschaft Flucht und Migration, das Informationsprojekt Naher und Mittlerer Osten, die Internationale Liga für Menschenrechte, das Komitee für Grundrechte und Demokratie sowie medico international wandten sich, unterstützt von weiteren Organisationen, mit folgendem Appell an Bundesregierung und Berliner Senat:

Mehr als Zehntausend Libanesen, Palästinensern und Kurden aus dem Libanon, die in der Bundesrepublik Zuflucht gesucht haben, droht die Abschiebung. Deutsche Stellen haben der libanesischen Regierung einen Entwurf für ein Rückübernahmeabkommen zur Verhandlung vorgelegt. Der Libanon habe, wie es heißt, der Rückführung von Flüchtlingen und erleichterten Ausstellung von Rückreisepapieren prinzipiell zugestimmt. Der libanesischen Staatssicherheit wurden Listen mit Namen von 16.000 Personen zur Überprüfung übergeben. Berliner Behörden haben vielen palästinensischen Familien unter Hinweis auf dieses Abkommen bereits Grenzübertrittsbescheinigungen ausgestellt.

Seit Dezember 1996 wurden bereits Hunderte von Libanesen abgeschoben. Mit dem Ende des Bürgerkrieges im Libanon (1975–1990) wurden die Palästinenser, deren Flüchtlingslager jahrelang bombardiert und belagert worden waren, endgültig zu einer im Land unerwünschten Gruppe. Soziale und bürgerliche Rechte wurden ihnen nie gewährt, sie dürfen 71 Berufe nicht ausüben und haben keinen Anspruch auf Sozialversicherung.

Die Arbeitslosigkeit lag 1994 bei über 50%, mehr als 60% der Palästinenser leben unter der Armutsgrenze. Die Dienstleistungen des UN-Hilfswerks für Palästinaflüchtlinge (UNRWA) wurden drastisch reduziert. Zerstörte Flüchtlingslager dürfen nicht wieder aufgebaut werden, die bestehenden Lager sind überfüllt. Der Libanon betreibt eine Politik des Auswanderungsdrucks gegenüber den Palästinensern. 1995 wurden die Bedingungen für ihre Wiedereinreise drastisch verschärft.

Kaum jemand von denen, die nach Deutschland flohen, wurde anerkannt – weder als Flüchtling noch als Palästinenser. Nur für kurze Fristen geduldet und ohne das Recht auf Arbeitsaufnahme haben diese Menschen sich hier dennoch behauptet, ist gerade in Berlin eine eigene palästinensische Diaspora ent-



standen. Ihre Kinder besuchen hier die Schule, machen hier ihre Ausbildung und sprechen die Sprache dieses Landes. Jetzt sollen diese Palästinenser, sollen Kurden und andere Libanesen ein weiteres Mal entwurzelt werden und ausgerechnet in den Libanon geschickt werden, der selbst in großen Aufbau Schwierigkeiten steckt, in dessen Süden Krieg herrscht und in dem Palästinenser – Tourismusminister Nicos Fat-tousch sprach von „Menschenmüll“ – am wenigsten willkommen sind.

Palästinensische Flüchtlinge sind heute sowohl in Palästina/Israel (letztere verweigert kategorisch die Rückkehr) als auch in den arabischen Staaten unerwünscht. Überall wird ihnen die Tür gewiesen. Ihre heutige Situation ähnelt in mancher Beziehung der verzweifelter Lage Staatenloser im Europa der Zwischenkriegszeit. Aus dem nahöstlichen Friedensprozeß sind die Palästina-Flüchtlinge bisher ausgeschlossen, das in der UN-Resolution 194 (III) verankerte Recht der Palästina-Flüchtlinge auf Rückkehr zum friedlichen Zusammenleben mit ihren Nachbarn wird außer Acht gelassen. Die geplante Massenabschiebung aus Deutschland droht den Friedensprozeß, der in einer tiefen Krise steckt, zusätzlich zu gefährden.

Wir wehren uns dagegen, daß diese Menschen, die hier Fuß gefaßt haben, erneut entwurzelt und abgeschoben werden sollen. Wir treten ein für eine offene Gesellschaft mit gleichen Rechten für Flüchtlinge und Migranten in Europa, die nicht durch Flüchtlinge und Einwanderer, sondern durch engstirnigen Nationalismus und gewissenlosen bürokratischen Vollzug gefährdet wird. Wir lehnen jede Form von Rückübernahmevereinbarung ab, weil sie Verstößen gegen den internationalen Flüchtlingsschutz Tür und Tor öffnet. Wir appellieren an die libanesischen Regierung, sich nicht für eine unmenschliche Praxis instrumentalisieren zu lassen und den dort lebenden Palästinensern soziale und bürgerliche Rechte zu gewähren.

Wir appellieren in aller Dringlichkeit an die bundesdeutsche Regierung und die Bundesländer, kein Rückführungsabkommen mit dem Libanon abzuschließen, jede bereits getroffene Vereinbarung in diese Richtung zu annullieren und den Betroffenen einen sicheren Aufenthalt zu gewähren.



Antifaschistischen Aktion Bundesweite Organisation & Bundesweites Antifa Treffen

Heß-Aufmarsch im niedersächsischen Königsutter schnell beendet

KÖNIGSLUTTER. Am 16.8. versuchte die neofaschistische Szene sich insbesondere im Raum Braunschweig zu formieren. Nach einem gescheiterten Versuch am Braunschweiger Marktplatz mobilisierten die Führungskader nach Wolfenbüttel. Auch hier gelang es ihnen nicht, sich zu versammeln. Ihren letzten Versuch starteten die Neofaschisten gegen 17 Uhr in Königsutter. – Siehe unsere Bilder – An einem von der militanten Sauerländer Aktionsfront (SAF) eingerichteten Schleusenpunkt wurden über 150 Nazis in das Zentrum von Königsutter geleitet. Dabei wurde u.a. Oliver Schweigert

aus Berlin festgenommen, während der schon 1996 als Schleuser fungierende Andree Zimmermann (SAF) von der Polizei unbehelligt blieb. Unter den später in Königsutter in sogenannten Sicherheitsgewahrsam genommenen 70 bis 90 Nazis befanden sich u.a. die JN-Funktionärin Melanie Dittmer aus Dorsten, SAF-Aktivist Michael Krick und der seit Jahren aktive Siegfried Borchardt aus Dortmund.

aus der Pressemitteilung der Antifaschistischen Aktion Bundesweite Organisation & Bundesweites Antifa Treffen

Fotos: transparent



Am 11. September in Calw:

Verfassungswidriges Spezialmanöver

TÜBINGEN. Das Kommando Spezialkräfte (KSK) aus Calw soll laut dpa am 11. September bei einem Spezialmanöver der Öffentlichkeit vorgeführt werden. Die Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. hat sich seit 1996 eingehend mit der Calwer Spezialtruppe beschäftigt.

1. Verfassungswidrig: „Wir weisen darauf hin, daß die geplanten Aktionen des Kommando Spezialkräfte sich derzeit nicht im Rahmen der Verfassung bewegen,“ so Tobias Pflüger, Geschäftsführer der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. in Tübingen. Mit dem KSK sind auch Aktionen „gegebenenfalls unter rein nationalem Kommando“ geplant. Das ist nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 12.7.97 nicht zulässig. Auch ist jeder Bundeswehreininsatz an einen vorherigen Beschluß des Bundestages gebunden. Die im Urteil enthaltene Formulierung „Gefahr im Verzug“ gilt nur, wenn „die Bündnisfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet ist“. Bei den Einsätzen des Kommando Spezialkräfte sind das aber die Regeleinsätze.

2. Geiselbefreiung: Nebenaufgabe für Akzeptanzschaffung. Die jetzt diskutierten und am 11.9. vorzuführenden Aktionen zur Geiselbefreiung sind eine NEBENAUFGABE des Kommando Spezialkräfte. Hauptaufgabe sind Kampf- und Kriegseinsätze in gegnerischem Gebiet. So heißt es in der Zeitschrift Truppenpraxis: „Aber Geiselbefreiung ist nicht alles. Die Verwendung des Kommando Spezialkräfte ist viel umfangreicher konzipiert und der Schwerpunkt liegt auf militärischem Gebiet.“ „Im Kampf um Informationen und der Unterdrückung gegnerischer Kommunikation sieht Heeresinspekteur Willmann die wichtigste Aufgabe der Spezialkräfte.“ Tobias Pflüger (IMI) dazu: „Die Elitetruppe wird der Bevölkerung unter falschem Vorzeichen verkauft, daß sie geschluckt wird!“

3. Das Kommando Spezialkräfte ist eine reine Kampf- und Kriegstruppe: Nach der jetzigen Ennid-Umfrage zur Bundeswehr sind jedoch nur 21% der Bundesbürger für UNO-Kampfeinsätze. IMI schlägt deshalb, eine breite Debatte über die Bundeswehr vor ... „Wir fordern daher eine sofortige Auflösung der Eilte-kampfruppe“, so Tobias Pflüger von der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. aus Tübingen abschließend.

Nachtrag: Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums in Bonn wies die Vorwürfe der Informationsstelle als „abweigig“ zurück. Auf den Vorwurf der Verfassungswidrigkeit könnten nur „Sektierer kommen, die den Bürgern der Bundesrepublik Schutz und Hilfe durch die Bundeswehr vorenthalten wollen“, meinte der Sprecher ... *Mitteilung des IMI*

Deckt Polizeipräsident fehlende Ermittlungen gegen Neonazis?

Die Berliner PDS-Landesvorsitzende Petra Pau hat im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen den Berliner Neonazi Kay Diesner, der einen Berliner Buchhändler angeschossen und später in Schleswig-Holstein vor seiner Festnahme einen Polizisten ermordet hat, schwere Vorwürfe gegen Berlins Innensenator Schönbohm und den Polizeipräsidenten erhoben.

Vor dem Landgericht Lübeck, das derzeit gegen den Berliner Neonazi Kay Diesner wegen Mordes und mehrfachen Mordversuches verhandelt, bestätigte am Freitag KOK Curth vom Berliner Polizeipräsidium, daß nach dem Attentat auf den Marzahrner Buchhändler Klaus Baltruschat am 19. Februar 1997 nicht gegen stadtbekannte Neonazis ermittelt wurde. Erst „im Nachhinein“, also nachdem Diesner am 23. Februar einen Polizisten erschossen und einen zweiten verletzt hatte, seien entsprechende Ermittlungen aufgenommen worden, so Curth in seiner Zeugenaussage.

„Somit steht Aussage gegen Aussage“, erklärte hierzu die PDS-Landesvorsitzende Petra Pau, „wobei ich keinen Zweifel habe, daß der Berliner Chefermittler vor Gericht die Wahrheit sagte.“ Berlins Polizeipräsident Hagen Saberschinsky hatte noch am 6. August in der SFB-Abendschau behauptet, man habe unmittelbar nach dem Marzahrner Attentat gegen 27 Berliner Rechtsextreme ermittelt, wobei Diesner auf Platz „fünf“ der Tatverdächtigen rangiert habe. Mit ähnlichen Aussagen war zuvor bereits Innensenator Schönbohm (CDU) an die Öffentlichkeit getreten.

Nach Lage der Dinge lasse sich nicht mehr von Pannen reden. Es hat offenbar schlicht keine Ermittlungen gegen Rechts gegeben, obwohl ein politisch motivierter Anschlag mehr als nahe lag, so Petra Pau.

Als „Doppelskandal“ bezeichnete die PDS-Landesvorsitzende, daß Berlins Polizeipräsident die fehlenden Ermittlungen gegen Neonazis noch immer deckt. Außerdem steht die Frage im Raum, ob der von Diesner erschossene Polizist Grage noch leben könnte, wenn die Berliner Polizei rechtzeitig gegen potentielle Täter aus dem rechtsextremen Milieu ermittelt hätte.

Die Erhellungen des Lübecker Gerichts über die Berliner Ermittlungen sind ein Fall für das Berliner Abgeordnetenhaus, kündigte die PDS-Landesvorsitzende entsprechende Schritte ihrer Fraktion an. Sollten sich die Aussagen des Zeugen Curth erhärten, dann ist Hagen Saberschinsky als Polizeipräsident nicht mehr hinnehmbar. (PDS-Pressemitteilung vom 18. August 1997)

AG Soziales und kommunalpolitisches forum berieten mit Vertretern des DGB in Mecklenburg-Vorpommern

PDS Mecklenburg: Zusammenarbeit mit Gewerkschaften

In der neuesten Ausgabe von „Offenes Blatt“, der Zeitung der PDS Mecklenburg-Vorpommern, berichtet die stellvertretende PDS-Landesvorsitzende Barbara Borchardt unter der Überschrift „Ein Anfang ist gemacht“ über eine Beratung von Mitgliedern der PDS über sozial- und gewerkschaftspolitische Fragen.

Entsprechend unserer Vorankündigung im letzten OB fand unsere erste gemeinsame Beratung der AG Soziales mit dem kommunalpolitischen forum statt. Im Mittelpunkt standen Fragen der Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft und den Problemen der Notwendigkeit des Bestehens von Flächentarifverträgen, der öffentlichen Förderung nur an tarifgebundene Betriebe und Konsequenzen für die Arbeit in den Kommunalvertretungen.

Ausgehend von der in der PDS geführten Diskussion zur Haltung unserer Partei zur Gewerkschaft informierte uns im ersten Teil unserer Beratung Herr Peter Deutschland, DGB-Landesvorsitzender, über Aufgaben und die Struktur des DGB und der Einzelgewerkschaften sowie über aktuell-politische Probleme.

In der Diskussion wurden insbesondere Fragen gestellt zur Haltung der Ge-

werkschaft

- zur Interessenvertretung der Erwerbslosen,
- zur Wirksamkeit der gewerkschaftlichen Arbeit in der Region,
- zur Haltung des DGB-Bundesvorsitzenden zu aktuell-politischen Fragen.

Herr Peter Deutschland hat es aus meiner Sicht verstanden, uns zu erläutern, warum es gerade heute, in einer Zeit der Verteidigung des Sozialstaatsprinzips in der BRD, notwendiger denn je ist, die Gewerkschaften zu unterstützen und zu stärken und sie bei ihrem Kampf zu unterstützen. Wichtig für unsere weitere Arbeit ist, daß Mitglieder des Bundesvorstandes sich in einer Zwischenbilanz im Streit um die Position PDS-Gewerkschaft verständigt haben (*Pressedienst* Nr. 30/97, S. 3-4).

Im zweiten Teil unserer Beratung haben wir über die Notwendigkeit der Flächentarifverträge, der Vergabe öffentlicher Aufträge an tarifgebundene Betriebe diskutiert. Nach Auffassung des Landesvorsitzenden des DGB kann es nicht sein, daß die PDS diese Forderungen nicht unterstützt bzw. auf kommunaler Ebene und auf Landesebene nicht einfordert bzw. kontrolliert.



Aus Protest gegen die drohende Schließung ihrer Werft besetzten am 12. August die 318 Beschäftigten der Mecklenburger „Elbwerft Boizenburg GmbH“ in Boizenburg ihren Betrieb (Bild). Die Privatisierung der traditionsreichen Elbwerft war im Frühjahr gescheitert, das Unternehmen befindet sich seitdem in der Gesamtvollstreckung. Nur noch bis 31. August sollte die Belegschaft Konkursausfallgeld erhalten. Da bisher kein Käufer gefunden ist, der die Werft weiterführen will, drohte der gesamten Belegschaft ab 1. September Arbeitslosigkeit. Mit der Besetzung erreichte die Belegschaft nur einen kurzen Aufschub: Die Landesregierung aus CDU und SPD sowie die Treuhand bewilligten eine dreimonatige „Auffanglösung“ und drei Millionen DM. Die PDS hatte eine „Zwischenfinanzierung“ über 8 Monate beantragt. Am 21. August beendete die Belegschaft die Besetzung: 208 Beschäftigte werden ab 1. September für 8 Monate in eine neugegründete Beschäftigungsgesellschaft wechseln, die verbleibenden 110 Beschäftigten stellen noch bis Jahresende ein in der Werft liegendes Schiff fertig. Nach einem Käufer der Werft wird weiter gesucht – Aussichten gering. rül

Auf die im Land Mecklenburg-Vorpommern existierende gesetzliche Grundlage hat Herr Dr. Neumann hingewiesen. Im Erlaß des Wirtschaftsministeriums, veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 95, S. 1004-1005, steht eindeutig, daß sich alle Minister des Landes M-V dazu bekannt haben, daß öffentliche Mittel nur an tarifgebundene Betriebe zu vergeben sind.

Es geht nicht schlechthin darum, Arbeitsplätze zu schaffen, Arbeitsplätze müssen zur Existenzsicherung der ArbeitnehmerInnen beitragen. Leider, auch darauf hat Herr Deutschland hingewiesen, sind die wenigsten der Betriebe in unserem Land an Tarife gebunden. Auch hier wäre ein gemeinsames Betätigungsfeld, in dem wir die in Rostock stattfindende Aktion „Aufstand der Zwerge“ unterstützen bzw. in den Regionen mit den Beschäftigten in den Betrieben ins Gespräch kommen.

Im Ergebnis der Diskussion sehe ich Handlungsbedarf auf kommunaler Ebene:

1. Diskussion mit den Gewerkschaften über die Bedingungen der öffentlichen Auftragsvergabe,

2. die Durchsetzung der Tarifgebundenheit in den Beschäftigungsgesellschaften und bei allen Trägern von ABM und LKZ,

3. Organisationen von Foren zur Erarbeitung von wirtschaftlichen Konzepten in den Regionen.

Im letzten Teil unserer Beratung haben wir uns zu den geplanten Aktionen in Mecklenburg-Vorpommern verständigt.

Hinweisen möchte ich auf folgende Aktionen: • PDS-Einheizmarkt in Rostock • die bundesweite Aktion „Mittendrin und trotzdem draußen – geringfügig Beschäftigte sozialversichern“ (findet vom 5. bis 11. Oktober statt, siehe unsere Zeitliste, Anm. d. Red.) • Aktionswoche zum „Tag der Erwerbslosen“ • Vorbereitung und Durchführung der Landesarmutskonferenz.

Weitere landesweite Aktionen werden im Landesvorstand des DGB und der PDS beraten.

Genauso wichtig wie die Durchführung von landesweiten Aktionen ist aus Sicht der Gewerkschaften die Schaffung von regionalen sozialen Bündnissen, die entsprechend der Schwerpunkte auf Mißstände aufmerksam machen und gemeinsame Aktionen durchführen. Hilfe und Unterstützung von beiden Seiten ist unerlässlich.

Viel könnte man über die erste gemeinsame Beratung noch schreiben. Festzustellen ist, es war ein Anfang, gemeinsam über Probleme zu sprechen, weitere Gespräche sind notwendig. Am 16.8.97 werden wir mit interessierten Genossinnen und Genossen über die Bildung einer landesweiten AG „Gewerkschaft und Betriebe“ beraten, die dann sicherlich noch intensiver in die Diskussionen einsteigen wird.

(aus: Offenes Blatt Nr. 7. Aug./Sept. 1997)

FRIEDENSZUG: München.

Bürgermeister Hep Monatzeder hat am 26. August Teilnehmer des von Innenminister

Kanther gestoppten Europäischen Friedenszuges von Brüssel nach Diyarbakir im Rathaus empfangen. Er kritisierte, daß Kanther den Bundesgrenzschutz angewiesen hatte, die ausländischen Zugteilnehmer nicht nach Deutschland einreisen zu lassen und äußerte Unverständnis für die Behauptung, es handle sich um eine „Werbeveranstaltung“ für die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK. Der Bürgermeister nannte es unerträglich, daß eine internationale Friedensbewegung, die sich für ein Ende des Krieges in der Türkei einsetzt, in Deutschland gestoppt wurde.

GEN-RAPS: Langweid bei Augsburg.

Auf 4.000 Quadratmeter Ackerfläche will der amerikanische Konzern Mosanto bei Langweid, Ortsteil Achsheim, genveränderten Raps anbauen. Gert Jungbauer, Langweids Zweiter Bürgermeister, äußert sich zu diesem Versuch, von dem noch etwa 20 weitere Orte in Deutschland betroffen sind, weder positiv noch negativ: „Was sollen wir sagen, wenn sich selbst die Experten streiten.“ Daß die Gemeinde aber erst Anfang August behördlich informiert wurde und innerhalb drei Tagen Antwort geben sollte, findet er „unverfroren“. Aus Protest hat die Gemeinde daher Einspruch eingelegt, was auf den Versuch aber ohne Auswirkungen bleiben wird.

BÜRGERBEGEHREN: Lindau.

„Sind Sie dafür, daß in Lindau alle Parkuhren, Parkscheinautomaten sowie die Schrankenanlage an der Inselhalle abgeschafft werden?“ So lautet die Fragestellung des Bürgerbegehrens, das der Aktionskreis Lindau (AKL) angeleitet hat. Der AKL besteht überwiegend aus Einzelhändlern, die sich beim Oberbürgermeister mehrfach über die Standortnachteile durch die Parkgebühren von bis zu zwei Mark pro Stunde beklagt hatten. Bereits am ersten Tag unterschrieben 750 Bürger. Nach Ansicht des Rechtsamts-Chefs Rolf Mager ist es fraglich, ob die Erhebung von Parkgebühren Gegenstand eines Bürgerentscheids sein kann. Ein Sprecher des bayer. Innenministeriums erklärte, die Unzulässigkeit eines solchen Begehrens sei nicht eindeutig. In Remscheid (NRW) hatte ein Bürgerentscheid gegen Parkuhren bereits Erfolg.

VERWALTUNGSREFORM: Mainz.

Das 9. Jugendhilfe-Jahrestreffen in Mainz hatte das Thema „Verwaltungsreform – Auswirkungen im Jugendhilfe- und Sozialbereich“. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen nahezu aus dem gesamten Bundesgebiet. Die Diskussion zeigte, daß auch ohne Verwaltungsreform die Jugendarbeit aufgrund der

Haushaltskürzungen äußerst schwierig ist und eine Einschränkung des Leistungsumfangs des Kinder- und Jugendhilfegesetzes droht. Festgestellt wurde, daß ohne fachliche Zielvorstellungen und Bedarfsgrößen, wie sie in Jugendhilfeplanungen erarbeitet werden, auch betriebswirtschaftliche Controllingprozesse nicht zu entwickeln sind. Eine Gleichsetzung der Aufgaben von Jugendhilfeplanungs- und Controllingstellen wurde dagegen entschieden abgelehnt. Die Tagungsdokumentation ist für 30 DM Schutzgebühr beim Deutschen Institut für Urbanistik, Postfach 12 62 24, 10593 Berlin erhältlich.

KINDERRECHTE: Berlin.

Vom 23. Juli bis zum 16. August waren 14 Jugendliche der Bewegung der arbeitenden Kinder Nicaraguas und Honduras bei einer Berliner Kinderrechtsgruppe zu Gast und nahmen an dem Kongreß „Gleichberechtigung ohne Altersgrenzen“ teil. In den drei Wochen beschäftigten sich die Jugendlichen mit der Produktion von zwei Radiobeiträgen, dem Erstellen von Internetseiten, der Herausgabe einer komplett zweisprachigen Sondernummer der „KinderRechtsZeitung Regenbogen“ sowie mit Beiträgen für die Berliner Zeitschrift „Zeitdruck“, die von oftmals obdachlosen Jugendlichen herausgebracht wird. Im Rahmen dieser politischen Arbeit wurden die Gäste vom Jugendstadtrat im Prenzlauer Berg, Burkhard Kleinert, und der Schulsenatorin, Ingrid Stahmer, empfangen. Auf dem Kinderrechte-Kongreß, der mit einem Grußwort des Bürgermeisters von Prenzlauer Berg, Reinhard Krätzer, eröffnet wurde, hielt der Soziologe Prof. Otmar Preuss von der Universität Bremen einen Einführungsvortrag. Die Abschlusserklärung, die von den 50 Teilnehmern verabschiedet wurde, behandelt die Themen Familie, Schule, Kinderarbeit, Gleichberechtigung und politische Mitbestimmung.

KLIMA-BÜNDNIS: Frankfurt/Main.

Ende August fand in der kleinen Gemeinde Pfunds im österreichischen Bundesland Tirol das erste internationale Kleingemeinde-Treffen für europäische Klima-Bündnis-Gemeinden statt. Fast 200 VertreterInnen von Gemeinden unter 5000 Einwohnern kamen zusammen. Es gab Referate über die Folgen der Klimaveränderung für die Gebirge sowie über die Förderung der biologischen Anbauweise durch die Kommunen und die Notwendigkeit einer möglichst regionalen Vermarktung der Produkte. Außerdem wurden die Preisträger des Wettbewerbs „CO₂ – die Hälfte“ zum Thema „Nachhaltiger Tourismus“ vorgestellt. Infos im Büro des Klimabündnisses/Alianza del Clima e.V., Philipp-Reis-Str. 84 in 60486 Frankfurt/Main.

Zusammenstellung: baf

LOHNWUCHER: Der 1. Strafsenat des BGH hat die Verurteilung eines Bauunternehmers wegen Wuchers in zwei Fällen durch das LG Passau bestätigt. Der Angeklagte hatte in seinem Bauunternehmen 1993 neben deutschen Arbeitnehmern auch zwei tschechische Grenzgänger als Maurer beschäftigt und ihnen jeweils einen Stundenlohn von 12,70 DM brutto bezahlt, während der für Maurer geltende Tariflohn 1993 19,05 DM brutto betragen hatte und die übrigen Arbeitnehmer des Angeklagten für gleiche Arbeit Stundenlöhne von 21 DM brutto erhalten hatten. Der Angeklagte hatte dabei für sich ausgenutzt, daß die beiden Ausländer mit den Gegebenheiten im deutschen Baugewerbe nicht vertraut und der deutschen Sprache kaum mächtig waren. Wie der Senat darlegt, kann Wucher auch begangen werden, wenn im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses ein zu geringer Lohn bezahlt wird. Der gezahlte Bruttoarbeitslohn betrug hier zwei Drittel des Tariflohns. Der BGH hat nicht beanstandet, daß das Landgericht bei diesem Sachverhalt ein auffälliges Mißverhältnis zwischen der dem Angeklagten zugeflossenen Arbeitsleistung der beiden Maurer und der von ihm durch die Lohnzahlung erbrachten Gegenleistung gesehen hat. Wie der Senat weiter ausführt, ist der beim Wuchertatbestand gebotene Vergleich der ausgetauschten Leistungen allein von der Seite des Täters her vorzunehmen. Dementsprechend kommt es nicht darauf an, ob der den beiden Maurern ausbezahlte Lohn an ihrem Wohnort in Tschechien von ebensolcher oder sogar größerer Kaufkraft gewesen sei als der Tariflohn für einen in Deutschland wohnhaften Arbeitnehmer.

BGH, Urteil vom 22.4.1997 - 1 StR 701/96

EINZELHANDEL: Das Landesarbeitsamt Hessen hat mitgeteilt, daß seit der Verlängerung der Geschäftszeiten im hessischen Einzelhandel weiter sozialversicherungspflichtige Stellen gestrichen wurden. Die Statistik verzeichnet 20000 erwerbslose Warenkaufleute in Hessen, 14 Prozent mehr als vor einem Jahr. Seit Oktober ist die Zahl der versicherungspflichtigen Beschäftigten um 6000 gesunken. Im Vorjahr waren nur halb so viele Stellen gestrichen worden. Das Arbeitsamt vermutet, daß die längeren Ladenöffnungszeiten vor allem durch nicht versicherungspflichtige 610-Mark-Arbeitsverhältnisse organisiert wurden.

Frankfurter Info, ola



Rückkehrgespräche bei Daimler-Benz

Rote Karte für Kranke

Sogenannte Mitarbeitergespräche sollen jetzt auch im Werk Mannheim der Daimler-Benz AG den Krankenstand drücken. Dies ist Inhalt einer Betriebsvereinbarung vom Februar, die jetzt umgesetzt wird.

„Wir mußten etwas tun, nachdem die Fehlzeiten bei uns deutlich höher liegen als bei unseren wichtigsten Wettbewerbern“, kommentierte der Konzernbetriebsratsvorsitzende Karl Feuerstein im Gespräch mit dem *Mannheimer Morgen*. Mit den Arbeitsbedingungen sei dies wohl kaum zu erklären, und für den Fall, daß die Ursachen doch im Arbeitsumfeld liegen, ließe sich hier im direkten Kontakt zwischen Vorgesetzten und Beschäftigten leichter Abhilfe schaffen.

Das klingt zynisch. Ist es doch das erklärte Ziel der Betriebsvereinbarung, den Krankenstand am Standort Mannheim bei den Arbeitern um 2% und bei den Angestellten um 1% zu senken. Oder: bei den Angestellten soll der Krankenstand von 3,7 auf 2,7%, bei den Arbeitern der Gießerei von 9% auf 7% und bei den Arbeitern im Motorenbereich von 7,5 auf 5,5% gesenkt werden.

Als bestes Rezept, um den Krankenstand zu drücken, galt für Kapitalisten und Regierung im letzten Herbst bekanntlich die Kürzung der Lohnfortzahlung. Man erinnere sich: Im Oktober letzten Jahres war es der Daimler-Benz-Konzern, der vorgeprescht ist, um die 80% Lohnfortzahlung durchzusetzen. Die tarifliche Umsetzung scheiterte jedoch am geballten Widerstand der Belegschaften und an der IG Metall gerade auch bei Daimler-Benz.

Jetzt versuchen es vor allem die Großunternehmen mit viel subtileren Mitteln. Und sie sind außerordentlich erfolgreich. Die Kostensenkungen sind enorm, die Krankenstände sind auf Rekord-Tief-Niveau. Die Betriebsräte lassen sich voll in die Standortkonkurrenz pressen, und der Gewerkschaft bleibt nur noch das Zuschauen. Dabei herrscht in den Betrieben immer mehr die pure Angst. Mitarbeitergespräche, Bonussysteme und Gruppendruck sorgen für das entsprechende Betriebsklima.

Mit der Standortverteidigung und den damit verbundenen Sparprogrammen wird der Krankenstand ein Teil des Kostenfaktors Personal. Und der ist zu senken, da sind sich die, die das Sagen haben, einig. „Eine Verringerung des Krankenfehlistandes ist jedoch zugleich unabdingbare Voraussetzung, um im Wettbewerb bestehen zu können.“ (Betriebsvereinbarung zur Senkung des Krankenstandes bei Mercedes Mannheim)

In der Automobilindustrie sind die Kapitalisten mit solchen Rezepten besonders forsch, beim Konkurrent Opel sind

bei „Rückkehrgesprächen“ sogar die Vertrauensleute und der Betriebsrat direkt eingebunden.

Auch bei Daimler-Benz in Mannheim gilt: Ist der Beschäftigte krank, ganz gleich ob ein Tag oder länger, muß er nach Arbeitsbeginn beim Vorgesetzten antanzen. Dieses Gespräch gilt als noch nicht kritisch, als Stufe eins. Wird er in den nächsten neun Monaten nochmals länger als drei Tage krank oder fällt er dreimal kurzzeitig aus, muß der Beschäftigte zum Gespräch Stufe zwei. Wird er in den Abständen von jeweils neun Monaten nochmals krank, geht es in den Gesprächen der Stufe drei und vier, die offiziell auch „Fürsorgegespräch“ genannt werden, schon ans Eingemachte; es wird mit Entlassung gedroht.

Zwar wird Betriebsrat Feuerstein nicht müde zu beteuern, daß richtig Kranke und Beschäftigte, die im Krankenhaus waren, nichts zu befürchten haben. Aber der Druck des Unternehmens wirkt sich auf alle aus und gerade auch auf die schwer und chronisch Kranken. Außerdem stellen die Mitarbeitergespräche in der Praxis einen eklatanten Verstoß gegen das Gebot der ärztlichen Schweigepflicht dar. Welcher Beschäftigte kann es sich jetzt noch erlauben, seine Krankengeschichte nicht offen darzulegen? Es wird von jedem Beschäftigten erwartet, daß er seinem nächsten Vorgesetzten seine physischen und psychischen Probleme offenbart.

Noch schlimmer als in Mannheim kommt es im Sindelfinger Pkw-Werk von Daimler-Benz. Dort gibt es das Bonus-System. Wird der Krankenstand um mindestens 1% bei den Arbeitern und 0,4% bei den Angestellten gesenkt, so gibt es Geld. Aber natürlich nur für den, der wenig krank war. Wer als Arbeiter zwischen 0 und 3 Tage krank war, kriegt 290 Mark, wer bis 10 Tage fehlte, kriegt noch einen Minibonus von 100 Mark. Die Angestellten dürfen für den 250-Mark-Bonus höchstens 2 Tage krank sein, für den 150-Mark-Bonus höchstens 5 Tage. Sinken die Fehlzeiten noch drastischer als geplant, soll sich der Bonus erhöhen. Bis 1999 soll der Krankenstand bei den Arbeitern von 8 auf 4% halbiert, bei den Angestellten von 3,3% auf 2% gedrückt werden.

Außerdem wird den Beschäftigten in Sindelfingen die Dramatik ihrer Situation auch visuell übermittelt. Werden bei den „Rückkehrgesprächen“ die dabei verwendeten Protokolle bei der Stufe 1 noch auf grünem Papier geschrieben, so wechselt die Farbe bei der Stufe 2 auf Gelb, bei Stufe drei auf orange. Die rote Farbe des Protokolls bei dem Gespräch der Stufe 4 ist durchaus so gemeint wie allgemein angenommen: Rote Karte, das heißt Platzverweis.

scr

Wenn aus Kollegen Konkurrenten werden

Es gehörte schon immer zur Arbeit von Betriebsräten, sich mit den unterschiedlichsten Spannungen, die am Arbeitsplatz zwischen ArbeitskollegInnen oder gegenüber Vorgesetzten entstehen, auseinanderzusetzen zu müssen. Aber, so ist zu beobachten, in der letzten Zeit häufen sich Schikanen und Aggressionen innerhalb des Kollegenkreises. Das Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) gibt dem Betriebsrat mit § 85 zwar immer die Möglichkeit, den Arbeitgeber aufzufordern, einer Beschwerde von KollegInnen abzuweichen: Doch dabei kommen immer nur Einzelfälle in den Blick. Eine Betriebsvereinbarung (BV) kann durch ihre besondere Ausgestaltung viel besser geeignet sein, die Betreiber eines schlechten Betriebsklimas in den Blick zu bekommen und helfen, ihnen auf die Finger klopfen. Daher hat der Betriebsrat (BR) der Jungheinrich AG in Hamburg – hier werden Gabelstapler gebaut und vertrieben – beschlossen, initiativ zu werden und Verhandlungen über eine Betriebsvereinbarung „Sozialer Umgang im Betrieb“ aufzunehmen.

Die Angst um den Arbeitsplatz

Die zunehmende Angst um den Arbeitsplatz wird in Untersuchungen oft als Mobbing-Grund angegeben. Diese Angst macht aus Kollegen Konkurrenten.

Sie läßt Aggressionen und den Einsatz von Ellenbogen unter- und gegeneinander wuchern. Nicht selten wird damit „passiv“ Arbeitsplatzabbau erreicht: die Betroffenen kündigen von sich aus oder verlangen einen Aufhebungsvertrag – und der Arbeitgeber wäscht seine Hände in Unschuld: „Wenn wir das gewußt hätten...“. Die Zahl der Mobbing-Opfer wird in Deutschland auf 1 bis 1,5 Millionen geschätzt.

„Sozialer Umgang im Betrieb“

Der Betriebsrat hat als Titel dieser BV „Sozialen Umgang im Betrieb“ gewählt. Das modische Wort „Mobbing“ ist zu unpräzise. Der Betriebsrat möchte auch andere Tatbestände, die ein schlechtes Betriebsklima fördern, wie z. B. Sucht oder sexuelle Belästigung, mit in die Betrachtung einbeziehen. In der Präambel des

BV-Entwurfes erklären Betriebsrat und Arbeitgeber gemeinsam, daß schlechter sozialer Umgang negative Auswirkungen für Belegschaft und Betrieb mit sich bringt. Ziel dieser BV soll es sein, das Betriebsklima und damit den sozialen Umgang aller im Betrieb beschäftigten Personen gerade angesichts des immer enger werdenden Arbeitsmarktes zu verbessern. Geltungsbereich dieser BV ist die gesamte Belegschaft. Das besondere unter diesem Punkt ist aber, daß der Arbeitgeber ausdrücklich angehalten wird, auch seine leitenden Angestellten in diese BV mit einzubeziehen. Leitende Angestellte fallen ja normalerweise nicht unter den Geltungsbereich einer BV. Das würde bei dieser Regelung allerdings überhaupt keinen Sinn machen: Denn wie wir festgestellt haben, sind die Damen und Herren

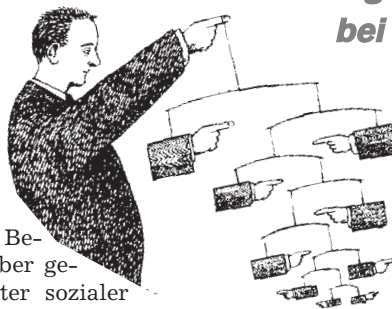


dieser Riege sehr maßgeblich am aktiven Verhalten zur Ausgrenzung und Madigmachen von Kolleginnen und Kollegen beteiligt. Es gibt praktisch keinen Mobbing-Fall, in dem nicht die Führungsebene versagt hat.

Was ist „Mobbing“?

Mobbing wird in der BV als Ausgrenzung, Diskriminierung und Belästigung umschrieben. Als Beispiele werden permanente überzogene, kränkende und herablassende Kritik gerade auch im Beisein Dritter genannt, eine Kritik, die mit dem Ziel, die gegnerische Person zu schwächen geführt wird, anstatt sachliche und mitmenschlich akzeptable Lösungen zu

Initiative gegen „Mobbing“ bei Jungheinrich AG in Hamburg



finden. Die persönlich Betroffenen leiden unter Spott und Aggression – bis dahin, daß sie schwer psychosomatisch krank werden. Oft zeigt eine genaue Untersuchung, je tragischer ein Fall ist, um so mehr Schuld wird gemeinhin dem Opfer zugeschrieben. Wichtig zu wissen: Es ist ein Vorurteil, daß Mobbing-Opfer eine besondere Empfindlichkeit mitbrächten. Es sind ganz und gar „normale“ KollegInnen, die plötzlich in Konflikt miteinander kommen. Mobbing-Geschädigte oder -Geschädigter ist diejenige Person, deren persönliche Würde, Arbeits- und Wirkungsmöglichkeiten und freie Entfaltung am Arbeitsplatz gravierend behindert wird. Ferner, wenn deren soziale Beziehungen untergraben, der mitmenschliche Respekt, das Gefühl und jede Rücksicht verweigert sowie deren soziale Ausgrenzung systematisch betrieben wird. Dem entgegengestellt wird der Mobber, der Mobbing-Angriffe mit Regelmäßigkeit und Systematik betreibt und das mit dem Ziel, dem Mobbing-Geschädigten absichtlich Schaden zuzufügen. Dazu gehört aber auch der Personenkreis, der solches Verhalten duldet und Hilfe für das Objekt solchen Verhaltens unterläßt, obwohl ihm dieses möglich und zumutbar wäre.

Verhaltenskodex

Im Verhaltenskodex wird versucht, genau zu beschreiben, was unter sozialen Umgangsformen im Betrieb zu verstehen ist. So hat jede Person ihre Mitmenschen im Betrieb in der gleichen Weise zu behandeln, wie sie selbst es auch von diesen erwartet. Wesentliches Verhalten hierbei ist, daß Konflikte am Arbeitsplatz angesprochen und mögliche Wege zur fairen Lösung des jeweiligen Problems gemeinsam gesucht und besprochen werden. Es ist eben dann nicht mehr gesellschaftlich im Betrieb akzeptabel, etwa hinterrücks und damit auf Kosten der Betroffenen in unfairer Art und Weise Widersprüche in einer Abteilung zu behandeln, ohne daß es zur Beilegung der Meinungsverschiedenheiten kommt. Es muß zur Regel werden, daß bei der Behandlung von Konflikten andere nicht verletzt

oder in ihrem Ansehen geschädigt werden. Bei Wahrnehmung von destruktiven Vorgänge gebietet es die betriebliche Kultur des sozialen Umgangs miteinander, aktiv dagegen vorzugehen. Ein sehr weitreichender Punkt ist, daß nach den Grundsätzen von Recht und Billigkeit gehandelt wird: Diskriminierung und unterschiedliche Behandlungen wegen Abstammung, Religion, Nationalität, Herkunft, politischer oder gewerkschaftlicher Betätigungen oder wegen des Geschlechts, einer Schwerbehinderung oder sexueller Orientierung, persönlicher Eigenheiten oder auch der Überschreitung einer bestimmten Altersstufe hat zu unterbleiben. Damit versuchen wir, in der betrieblichen Wirklichkeit einen Kernpunkt aus dem Grundgesetz zu verankern: Oft genug wird aus Sicht des BR dagegen verstoßen. Prüfstein dafür, ob der Arbeitgeber selbst tatsächlich hinter den Zielen des sozialen Umgangs im Betrieb steht, wird die Forderung des Betriebsrates sein, daß Zeiten, die dazu aufgewendet werden müssen, Konflikte in Sinne dieser BV zu lösen, daß alle dazugehörigen Gespräche mit KollegInnen und Vorgesetzten, bezahlte Arbeitszeit sind.

Gutes Betriebsklimas

Gutes Betriebsklima kann man nicht anordnen. Aber wie kann man ein gutes Betriebsklima erlangen? Der BR meint, auch sozialer Umgang kann gelernt und trainiert werden. Es gibt genügend soziale Techniken, das Arbeitsmilieu zu durchleuchten. Bei verbesserungswürdigen Situationen sind entsprechende Aus- und Fortbildungsveranstaltungen anzubieten und diesem Thema auch in Workshops und Team-Seminaren genügend Raum zu lassen. Unerlässlich ist die Behandlung dieses Themas auf allen Seminaren für Führungskräfte. Ebenso müssen in einem akuten Bedarfsfall gruppen- oder sogar abteilungsweise solche Veranstaltungen angesetzt werden. Wird in einzelnen Bereichen festgestellt, daß das Betriebsklima schlecht ist, so soll die Betriebsvereinbarung dazu helfen, hierüber offen zu diskutieren und über geeignete Maßnahmen zu befinden, die aktiv dieser Situation entgegenwirken. Im Umgang mit der täglichen Arbeit brechen am schnellsten persönliche Auseinandersetzungen auf; oft sind deren Ursachen aber in Mißständen an ganz anderer Stelle zu suchen: Vielleicht kommt dabei heraus, daß eine Abteilung umstrukturiert oder gar aufgelöst werden soll und der Abteilungsleiter macht sich zum willigen Vollstrecker der Vorgaben der Unternehmensführung, sät Zwietracht und Spaltung unter den KollegInnen, um selbst oben gut dazustehen.

Maßnahmen / Sanktionen

In einem weiteren wichtigen Punkt des Entwurfes der Betriebsvereinbarung fordert der BR jeden, der oder die sich gemobbt fühlt, auf, sich an die ihm oder ihr

liebste Stelle im Betrieb zu wenden, wo die betroffene KollegIn hofft, auf Verständnis zu treffen: Der eigene Kollegenkreis kann das sein oder eine bestimmte Kollegin oder Kollege, natürlich der Vorgesetzte, genauso aber Betriebsrat oder die Personalabteilung. Hier setzen jetzt kollektive Rechte und Pflichten ein. Die Mobberin oder der Mobber wird unverzüglich auf sein Verhalten aufmerksam gemacht und aufgefordert, das beanstandete Verhalten einzustellen. Soweit sich nach Anhörung beider Seiten und entsprechender Analyse herausstellt, daß sich jemand bewußt über die in dieser Betriebsvereinbarung niedergelegten Verhaltensanforderungen hinwegsetzt, ist er vom Arbeitgeber unverzüglich auf sein Verhalten anzusprechen und von diesem aufzufordern, das beanstandete Verhalten einzustellen. Bei diesem Gespräch ist er auf mögliche Sanktionen hinzuweisen. Der Betriebsrat ist hierüber zu informieren. Setzt der Betreffende sein Verhalten weiter fort, so ist er nach Aufklärung des konkreten Sachverhaltes und nach erfolgter Anhörung des Betriebsrates schriftlich abzumahnern. Ändert der Betreffende sein Verhalten auch nach erfolgter Abmahnung nicht und wird er

einschlägig wiederholt abgemahnt, so muß er nach erfolgter Anhörung des Betriebsrats mit einer verhaltensbedingten fristgemäßen oder – je nach Schwere des Vergehens – mit fristloser Kündigung rechnen. In dieser rigiden Festlegung soll zum Ausdruck kommen, daß „soziales Verhalten“ keine Pseudoharmonie im Betrieb und Mobbing kein dummer Scherz unter KollegInnen ist. Mobbing geht im wesentlichen mit reaktionären Inhalten einher. Es ist geprägt von purem kapitalistischem Konkurrenzdenken und schadet massiv dem Zusammenschluß einer Belegschaft. Diese Betriebsvereinbarung versucht, auch den Arbeitgeber auf ein Minimum „bürgerlichen Anstandes“ im Betrieb zu verpflichten, so daß es schon mal nicht karriereförderlich ist, sich am Mobbing zu beteiligen. Sie stellt sich zunächst grundsätzlich auf die Seite der KollegInnen, die dem Psychoterror im Betrieb ausgeliefert sind. Da sie Festlegungen trifft, im Ernstfalle dagegen vorzugehen, kann sie helfen, die „alten“ Werte von Solidarität und Kollegialität im Betrieb neu zu kultivieren. Der Jungheinrich-Vorstand hat der Aufnahme von Verhandlungen zugestimmt.

Karl-Helmut Lechner

„Amsterdam war wunderschön“ – Wie gehts weiter? – Berichte und Auszüge aus Dokumenten

Euromarschinitiative

In einigen Orten arbeiten die Euromarschinitiativen weiter. In Augsburg hat die Gruppe jetzt ein Arbeitsprogramm beschlossen:

- Noch in diesem Herbst wollen wir eine Veranstaltung mit den französischen Eisenbahnerkollegen durchführen. Diskussions Themen sollen vor allem die Erfahrungen im und aus dem Streik sowie die Folgen der zunehmenden Privatisierungen in den öffentlichen Bereichen, z.B. Bahn, bei uns und in Frankreich sein.

- Vor einigen Wochen gab es bei den DASA-Kollegen lautstarke Kundgebungen für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze durch den Bau des Eurofighters. Wir wollen nicht glauben, daß es bei DASA keine Kollegen gibt, die kritisch über die Kosten der Fighter-Arbeitsplätze und über die Nutzung dieses Flugzeuges denken. Diese Kollegen wollen wir aufspüren, um eine Gegenposition zu stärken bzw. sie in der Öffentlichkeit darzustellen.

- Zuletzt hat Herr Schröder (SPD) versucht, Herrn Gauweiler oder Herrn Beckstein den Rang abzulaufen in Sachen ausländerfeindliche Sprüche. Jedenfalls steht fest, daß das Thema „Ausländerkriminalität“ – „Innere Sicherheit“ ein zentrales Thema des kommenden Bundestagswahlkampfes werden soll. Wir werden als Euromarschinitiativ-

ve das nicht kampfflos hinnehmen. Um uns fit zu machen, werden wir uns schlau machen über z.B. europäische Sicherheitspolitik, wie wurde sie in den letzten Jahren ausgebaut, zu welchem Zweck bzw. mit welcher Wirkung, was planen die „Maastricht-Politiker“ in dieser Richtung, wie wird in anderen europäischen Ländern mit Immigranten und Flüchtlingen umgegangen usw.

Vor allem für den letzten Punkt, denken wir, wäre es sinnvoll, sich mit allen Antifa-, Flüchtlings-, ImmigrantInnen-Initiativen zu beraten, ob es möglich und sinnvoll ist, gemeinsame Aktivitäten zu entwickeln.

aus: Berichte Augsburg+Schwaben

Am 28. Juni hat das internationale Euro-Marsch-Sekretariat in Paris vereinbart:

- Am 4./5. Oktober findet in Luxemburg ein erweitertes europäisches Koordinati onstreffen statt. Dort sollen weitere Aktionstermine und Vorschläge zur Netzwerkstruktur diskutiert werden.

- In der ersten Dezemberwoche sollen in den Ländern Aktionen gegen Maastricht-Europa stattfinden, am 5. und 6. Dezember gegen Erwerbslosigkeit, unge-



schützte Beschäftigung und Ausgrenzung.

- Etwa für Februar 1998 sind eine internationale Kundgebung und Konferenz zur Beschäftigungspolitik geplant. Dazu liegt bereits ein Aufruf italienischer Betriebsräte, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter vor.

Die bundesweite EuroMarsch-Koordination kam am 29. Juni überein, die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften bzw. gewerkschaftlichen Initiativen zu forcieren:

- Dazu wurde bereits ein Brief an die Gewerkschaftsvorstände verfaßt, der sich solidarisch-kritisch mit der offiziellen Gewerkschaftslinie gegenüber den EuroMärschen auseinandersetzt.
- Am 13./14. Dezember 1997 soll eine bundesweite Konferenz der EuroMarsch-Unterstützerinnen und Unterstützer stattfinden, für die vor allem Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gewonnen werden sollten.
- In den nächsten Wochen kommt es insbesondere darauf an, die Kampagne „Mittendrin und trotzdem draußen“ – Versicherungsschutz für geringfügig Beschäftigte! – zu unterstützen. Sollte der DGB zu einer Demonstration anläßlich des Beschäftigungsgipfels in Luxemburg aufrufen, wird EuroMarsch selbstverständlich dafür mobilisieren.
- Auch mit der Ken-Coates-Initiative für Vollbeschäftigung in Europa soll die Kooperation entwickelt bzw. intensiviert werden.
- Für den Herbst wurden zwei Veranstaltungsreihen angeregt, die um Solidarität mit den Renault-ArbeiterInnen und mit Women of the Waterfront – einer Frauenorganisation im Liverpooler Dockerstreik – werben.
- Ferner sollen regional und überregional drei Fragen diskutiert werden:

- Soll die Basis für unsere Zusammenarbeit und Aktionen – bisher der Appell von Florenz bzw. der Aufruf für Europäische Märsche gegen Arbeitslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung – beibehalten oder ausgeweitet werden?

- Welche Aktionen planen wir für das erste Halbjahr 1998, wenn über den Beitritt zur Wirtschafts- und Währungsunion entschieden wird?

- Wie wollen wir uns vernetzen, welche Organisationsstruktur uns geben?

1. Dokument: Für ein anderes Europa! Abschlußerklärung des Amsterdamer Gegengipfels (Auszüge)

Nach der Unterzeichnung des Maastricht-Vertrages hat die Europäische Union zunehmend Macht von den nationalen Parlamenten zu den Staats- und Regierungschefs verlagert und von der politischen Sphäre zum Markt. Westeuropa wird derzeit umgewandelt in eine zentralisierte politische und gestärkte militärische Macht. Den großen europäischen Konzernen erlaubt dies, ihre Profite auszudehnen und weltweit Wettbe-

werbsfähigkeit und Marktanteile zu gewinnen. Die Europäische Union ist zu einer treibenden Kraft der Globalisierung und zum Förderer des Neoliberalismus geworden. Sie ist zu einem Projekt der Eliten geworden, undemokratisch und taub gegenüber den Bedürfnissen von Mensch und Natur. Den Frauen, den BürgerInnen aus Nicht-EU-Ländern, die hierher kommen, den kommenden Generationen, den Alten und den 20 Millionen Erwerbslosen und offiziell 50 Millionen Armen in den 15 Mitgliedstaaten hat dieses Projekt nur eine unsichere Zukunft zu bieten.

Nach den alternativen Treffen in Kopenhagen (Juni 1993), Madrid (Dezember 1995), Florenz (Juni 1996) und Dublin (Dezember 1996) haben wir uns zum Amsterdamer Gegengipfel und der europäischen Demonstration „Gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung“ versammelt. Hier in Amsterdam ist ein neues Bündnis entstanden zwischen den EuroMarschierInnen, dem Gegengipfel, der globalen Zapatistischen Bewegung gegen die weltweite Vorherrschaft des Neoliberalismus und der Europäischen Anti-Maastricht-Allianz (The European Anti-Maastricht Alliance TEAM). Zusammen wollen wir eine Welt ohne Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, autoritäre Herrschaft, Sexismus und mit gerechten Beziehungen zwischen Nord und Süd.

In der nächsten Zeit wollen wir ...
– die EU-kritische Bewegung weiter verbreitern und europäisieren. Wir wollen demokratische Bewegungen, Organisationen und Netzwerke aufbauen und entwickeln, um für eine andere Europäische Union zu kämpfen. Das internationale Bündnis „Hin zu einem anderen Europa“ wurde bereits gegründet und umfaßt 200 Organisationen.

2. Dokument: Brüsseler Erklärung der Ersten Europäischen Versammlung für Vollbeschäftigung (Auszüge)

Am 22./23. Mai 1997 berieten mehr als 900 Erwerbslose und Erwerbstätige aus 15 EU-Mitgliedstaaten im Europäischen Parlament in Brüssel über Schritte zu einem wirklich lebens- und liebenswerten Haus Europa.

Europa hat eine hervorragende Chance, seinen Nutzen für die breite Mehrheit seiner Bevölkerung zu beweisen. Nur wirkungsvolle, gemeinsame Aktionen auf allen Ebenen des demokratischen Prozesses, einschließlich der EU-Ebene, werden es ermöglichen, den Trend zur Globalisierung in der Wirtschafts- und Finanzwelt in den Griff zu bekommen, um den Übergang zu einem neuen, umweltverträglichen Modell der Vollbeschäftigung für Frauen und Männer einzuleiten. Viel zu viele Regierungen in Europa geben der Währungsunion Vorrang vor Beschäftigung und dem wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt ... Sie müssen an ihre Verpflichtungen erinnert werden, die ihnen aus der Einheitlichen

Europäischen Akte im Hinblick auf den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt ebenso erwachsen wie aus den Zielen des Weißbuchs „Wachstum, Wettbewerb und Beschäftigung“ von 1993 ...“

Wir richten die folgenden Forderungen an die in Amsterdam versammelten Staats- und Regierungschefs:

A. Beenden Sie die derzeit vorherrschende neoliberale Politik ...

B. Vereinbaren Sie eine fortschrittliche Revision des Vertrags von Maastricht ...

C. Legen Sie das Fundament für einen Richtungswechsel in der EU-Wirtschaftspolitik. Wir brauchen einen neuen Gesellschaftsvertrag für Vollbeschäftigung für alle Frauen und Männer ...

3. Dokument: Bundeskoordination EuroMarsch an den DGB-Bundesvorstand sowie an die Vorstände der Einzelgewerkschaften vom 22.7.1997

Wir sind uns durchaus bewußt, daß dieser Marsch allein „keine sozialen Kriterien“ in der EU durchsetzen kann. Wir wollen deshalb auch die Frage nach dem bisher nicht Erreichten aufwerfen, wobei die Suche nach den Antworten nicht nur uns, sondern auch Euch angeht.

- Es gibt in Europa rund 20 Millionen Erwerbslose und 50 Millionen Menschen, die unter der Armutsgrenze leben. Warum gelingt es uns (und bisher auch Euch) nicht, sie für ihre eigene Sache massenhaft zu mobilisieren?

- Warum war auch dort, wo Gewerkschaften den Marsch offiziell unterstützen, die Beteiligung relativ gering? Könnte es daran liegen, daß die Verteidigung des „eigenen nationalen Standorts“ hier noch eine Barriere bildet? Liegt es daran, daß die Notwendigkeit, der Globalisierung des Kapitalismus internationalen Widerstand entgegenzusetzen, im Bewußtsein noch nicht verankert ist?

- Warum haben große Teile von politisch und betrieblich besonders „Politisierten“ Zurückhaltung geübt?

Trotz aller Fragen, die wir uns auch selbst stellen, kommen wir dennoch zu folgendem Schluß: Wenn es einem organisatorisch und finanziell so schwach ausgerüsteten Unternehmen wie EuroMarsch gelungen ist, 50.000 Menschen aus der gesamten EU zu einer Massendemonstration zu bewegen, wieviele könnte dann der Europäische Gewerkschaftsbund mit mehr als 40 Millionen Menschen, die seinen Gewerkschaftsverbänden angeschlossen sind, zum Beispiel nach Luxemburg mobilisieren?...

Wir haben mit großem Interesse vernommen, daß aus den Reihen des hessischen DGB der Vorschlag gekommen ist, der EGB möge anläßlich des Beschäftigungsgipfels in Luxemburg am 21./22. November eine europaweite Demonstration organisieren. Wir begrüßen diesen Vorschlag aufs wärmste und würden unsere sehr viel schwächeren Kräfte hierfür ebenfalls einbringen.

Dokumente aus: PDS Sozial, Informationsblatt der AG Gesundheit/Soziales der PDS, 8/ 97

Die Nichtwähler – ihre Bedeutung für die PDS

In Bayern hatte die CSU 1990 ihr schlechtestes Ergebnis seit 1949. 1994 lag sie nur knapp darüber. Seit 1983 hat sie jeden fünften Wähler verloren. Und wenn wir ihre Ergebnisse auf Basis der wahlberechtigten Deutschen betrachten, liegen diese inzwischen unter 40%.

Die Stärke der großen Parteien in Bayern lautete heute: CSU 40%, SPD 23%, Nichtwähler 23% und die Grünen bei 5%. 1972 lag die Nichtwählerpartei bei 10% und die SPD bei 34%.

So bleibt die Frage: Warum kommt sie uns immer noch so übermächtig vor? Warum kommt die Linke nicht auf die Füße? Was macht sie falsch? Eine Antwort wird dieser Artikel nicht geben. Doch hier werden einige Materialien vorgestellt, welche nahelegen, den Nichtwählern und ihren Gründen für die Wahlenthaltung mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

Die Wählerbewegungen seit 1945 in Bayern

Die Wählerbewegungen für die beiden großen Parteien lassen sich wie folgt skizzieren:

3 Phasen bei der CSU:

- 1949–1957 Aufstieg von 23% auf 50% vor allem auf Kosten der anderen bürgerlichen Parteien am rechten Rand.
- 1957–1983 Ergebnisse um die 50%, mal darüber, mal darunter. 1969 ein deutlicher Einbruch auf 46% zugunsten der 4,5% der NPD.
- Ab 1983 ein Absinken auf unter 40% bei gleichzeitigem Wiederaufleben von Rechtsparteien. Aber die Verluste lassen sich schon größenordnungsmäßig nicht mehr mit den Rechtsparteien erklären. Die Wählerstimmen für Rechtsparteien liegen (noch) unter 5%. Ein großer Teil der CSU-Verluste dürfte auch zu den Nichtwählern gegangen sein.

2 Phasen der SPD

- 1949–1972 Aufstieg 18% auf 34%.
- 1972–1994 Abstieg auf 23%, der absolute Tiefpunkt war 1990 mit 20%. Wobei gilt, daß die Verluste der SPD 1972–1980 (5%) nicht zugunsten der Grünen gehen konnten, die gab es damals noch nicht. 1983 und 1987 kam es offenbar zu größeren Abwanderungen von der SPD zu den Grünen.

1990 verlieren SPD und Grüne gemeinsam, ohne daß die CSU zulegt. Sie verliert auch.

Wer sind die Nichtwähler?

1976 analysierten Friederike Golzem und Klaus Liepelt: „Allerdings läßt das Sozialprofil auch dieser Gruppe – mit einem nahezu 60% Arbeiteranteil – darauf schließen, daß sich unter der hier besonders großen Zahl von politisch Meinungslosen eher potentielle Anhänger

der SPD als der bürgerlichen Gruppen verbergen. Aber auch in allen anderen Nichtwählerbereichen ist der SPD-gegeneigte Arbeiterbereich stärker vertreten als unter den beständigen Wählern.“¹ Elisabeth Noelle-Neumann schrieb über den Wahlsieg der SPD 1972: „In der vorletzten Woche vor der Wahl jedoch löste sich plötzlich das Patt, ... Frauen gingen zur SPD über, insbesondere Frauen aus unteren Schichten, Frauen, die sich nicht besonders für Politik interessieren, auffallend oft auch Personen, die von sich selbst sagen, daß sie ziemlich allein seien, nur wenig Freunde und Bekannte hätten.“² Diese Definition erinnert verdammt an die heutigen Alleinerziehenden- und Single-Haushalte.

Eines ist klar, die Nichtwähler kommen aus den unteren Klassen. Dies wird immer wieder betont. Seltener betont wird jedoch, daß diese auch in Wahlen eingegriffen haben und entschieden haben. 1933 zugunsten der Nazis, 1972 zugunsten der SPD. 1933 war es ein Verzweiflungsakt. 1972 voller Hoffnung darauf, daß die SPD ihre Versprechungen halten würde.

Gründe für das Nichtwählen

Grund	für mich	Für andere	Spielt keine Rolle
Kein Interesse an Politik	10%	54%	40%
Schlechte Politik	40%	73%	20%
Zu viele Wahlen	13%	37%	51%
Zu wenig gute Politiker	49%	69%	26%
Politische Berichterstattung	9%	25%	62%
Kein Einfluß auf Politik	32%	50%	39%

Infas -Repräsentativerhebung 1991 zitiert nach: Starzacher/Schacht/Friedrich/Leif „Protestwähler und Wahlverweigerer“ Bund Verlag 1992 S. 182 f.

Sind Nichtwähler politisch uninteressiert?

- Zu den scheinbar unausrottbaren Vorurteilen gehört, Nichtwähler wären politisch nicht interessiert. Dabei bezeichnen sich 77,8% der Nichtwähler als politisch interessiert. 42,7% bezeichnen sich sogar als politisch stark interessiert.³
- Nur 3,1%! der Nichtwähler geben „Desinteresse an der Politik“ für ihr Verhalten an, aber 21,7% geben explizit politische Gründe an.⁴
- Worin sich Wähler und Nichtwähler wirklich unterscheiden, ist die Einstellung zum politischen System. Der Aussage „Die Parteien sind alle korrupt“ stimmen 9,8% der Wähler (!) voll zu und 23,1% mit Einschränkungen. Bei den Nichtwählern sind es 22,6 bzw. 30,2%. Der Aussage „Die Politiker machen doch, was sie wollen“ stimmen 18,7% der Wähler und 44,9% der Nichtwähler zu. 15,5% der Wähler meinen „Die Parteien gleichen sich wie ein Ei“, von den Nichtwählern sind es 37,5%.⁵
- Sie sind durch Fernsehen und Presse

nur wenig schlechter informiert als Wähler.⁶

Alles Dinge, die Golzem/Liepelt auch schon 1976 publizierten. In ihrer Studie finden sich über die Nichtwähler folgende Aussagen (es werden die Überschriften zitiert):

- „Nur eine Minderheit der Nichtwähler ist sozial isoliert“
- „Auch Nichtwähler nutzen Medien“
- „Auch Nichtwähler nehmen den Wahlkampf wahr“
- „Auch Nichtwähler halten viel vom Wählen“

Zuletzt eine Umfrage unter allen Wahlberechtigten. Sie ist erhellend, weil hier unter zwei Gesichtspunkten nach den Gründen für Wahlenthaltung gefragt wird. Erstens: „Was könnten bei den anderen die Gründe für Wahlenthaltung sein? Und: „Was könnte bei mir zur Wahlenthaltung führen?“ Und prompt findet sich hier ein bemerkenswertes Auseinanderklaffen von Fremd- und Eigenwahrnehmung. Die Gründe „Kein Interesse“, „Zu viele Wahlen“ und „Politische Berichterstattung“ für das Nichtwählen sind kaum Gründe für sich selber, aber

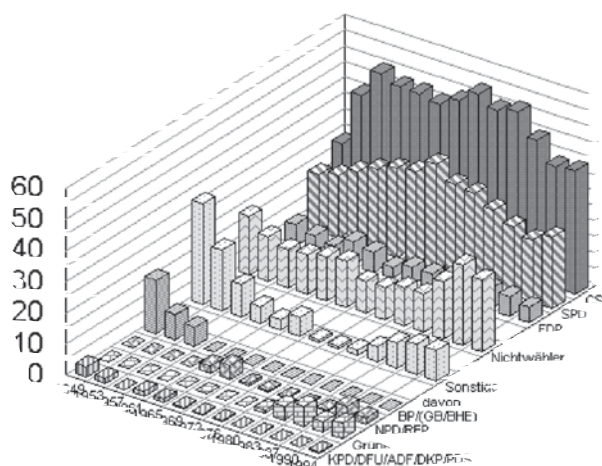
Gründe für andere. Interessanterweise sind dies die Gründe, die hauptsächlich von Politikern und Medien kolportiert werden. Für die mögliche eigene Nichtteilnahme an Wahlen werden folgende Gründe genannt: „Schlechte Politik“, „Zu wenig gute Politiker“ und „Kein Einfluß“.

Wo stehen die Nichtwähler?

Eingangs wurde schon erwähnt, daß die Nichtwähler eher aus den unteren Klassen kommen und daher eher der SPD und den linken Parteien nahestehen sollten. Aus den Tabellen läßt sich auch entnehmen, daß die SPD- und Nichtwählerergebnisse miteinander korrelieren. Negativ versteht sich. Hohe SPD-Ergebnisse bedeuten einen niedrigen Nichtwähleranteil und umgekehrt.

Die Studie der „Wählerpotentiale der PDS: Erkenntnisse, Tendenzen und Möglichkeiten“ unterstreicht die These, daß die Nichtwähler eher links stehen. Auf S. 23 findet sich eine Tabelle über Konflikt-

Bundestagswahleregebnisse in Bayern
(Auf Basis von Wahlberechtigten;



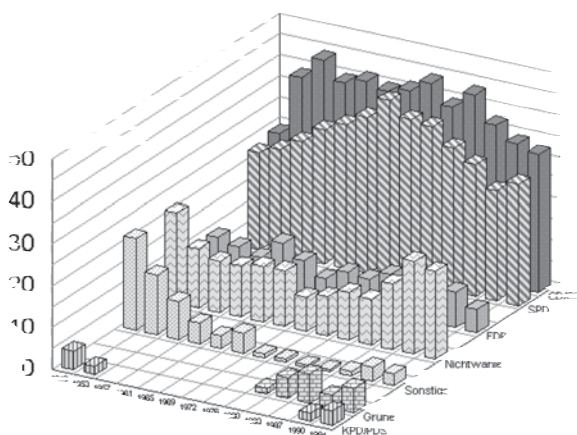
Zur Erstellung der Grafik und den Tabellen wurden Informationen aus folgenden Quellen verwendet:

Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1995

Statistisches Jahrbuch Bayern 1995
Bundestagswahl 1994 – Forschungsgruppe Wahlen e.V.

Bundestagswahleregebnisse in Deutschland (Auf Basis von Wahlberechtigten)
Bundestagswahleregebnisse in Bayern (Auf Basis von Wahlberechtigten)

Bundestagswahleregebnisse Deutschland
(Auf Basis von Wahlberechtigten)



felder und Konfliktwahrnehmungen. Es zeigen sich große Übereinstimmungen bei der Wahrnehmung der Konflikte „Arm-Reich“, „Oben-Unten“, „Ost-West“ und „Links-Rechts“ bei PDS, Linken Umfeld und den Nichtwählern. Hier liegt ein großer Teil unseren Potentials.

Dieses Potential hat in der Geschichte der BRD schon einmal links gewählt und wurde von der SPD in das Nichtwählerlager zurückgetrieben. Auch die Hoffnung auf die Grünen wurde enttäuscht. In den 80er Jahren wählten Arbeitslose überdurchschnittlich grün.

Wir müssen diese Menschen für die linke Politik neu gewinnen. Es ist aber unwahrscheinlich, daß dies dadurch ge-

lingt, daß wir die PDS zur SPD kompatibel machen. A.V., PDS-KV Nürnberg aus: „Titel Zeitschrift der PDS Bayern“ 14/97

1 Friederike Golem und Klaus Liepelt: „Wahlenthaltung als Regulativ: Die sporadischen Nichtwähler“ in „Wahlforschung – Sonden im politischen Markt“ S. 152 f. Westdeutscher Verlag Opladen 1976

2 Elisabeth Noelle-Neumann: „Wahlentscheidung in der Fernsehdemokratie“ S. 43 Verlag Ploetz Freiburg/Würzburg 1980

3 Spiegel Spezial 1/1994, „Superwahljahr 1994“

4 Michael Eilfort „Sind Nichtwähler auch Wähler?“ in Starzacher/Schacht/Friedrich/Leif: „Protestwähler und Wahlverweigerer“ Bund Verlag 1992

5 Vergleiche ebenda

6 Spiegel Spezial 1/1994

MECON '97 in Hamburg

„Wer die See beherrscht...“

Vom 26. bis 29.8. fand in Hamburg eine „internationale Konferenz“, MECON '97, statt, veranstaltet von den Thyssen-Töchtern Blohm+Voss (B+V) und Rhein Stahl-Technik sowie der Preussag-Tochter HDW aus Kiel, dem deutschen „Fregatten-Konsortium“. Neben Vertretern von 8 Kriegsmarinern, mit denen B+V derzeit Geschäftskontakte pflegt, nahmen Vertreter aus 24 weiteren Ländern teil. Bundesverteidigungsminister Rüge war anwesend, die Konferenzteilnehmer wurden im Rathaus empfangen, während der Protest gegen Messe und Rathausempfang, zu dem das Hamburger Forum, der Informationskreis Rüstungsgeschäfte, die GAL und viele andere aufgerufen hatten, vom Rathausvorplatz ferngehalten wurde. Zweck der MECON '97 war es, der deutschen Kriegsschiffsindustrie mit B+V an der Spitze neue Exportaufträge zuzuführen. In einem Grußwort erklärte Hamburgs Erster Bürgermeister, er sei „glücklich“ über die Entscheidung, die Messe in Hamburg stattfinden zu lassen. „Ich bin überzeugt, daß die in diesem Jahr erstmals stattfindende MECON '97 für alle Besucher ein interessantes Forum zur Demonstration der Leistungsfähigkeit von nautischen Systemen aus Deutschland sein wird. Bei der MECON '97 handelt es sich eindeutig und ausschließlich um Kriegstechnik und Waffenhandel.

Wir dokumentieren aus Reden, die auf der Protestkundgebung gehalten wurden. scc

Schluß mit der Förderung des Rüstungsexports!

(...) Vielleicht werden einige von Euch sich fragen, „Wieso denn Unterstützung durch den Hamburger Senat?“ Hat der Senat nicht erst 1991 mit den Schrecken des Golfkrieges in den Gliedern beschlossen: „Der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern darf grundsätzlich nur in die NATO-Länder zugelassen werden. Dabei muß sichergestellt sein, daß die Exportgegenstände in diesen Ländern verbleiben. Exporte von Kriegswaffen in andere Länder sind grundsätzlich untersagt.“ (...)

Das reale Alltagsgeschäft sieht da – leider – schon lange anders aus: (...)

1. Der Hamburger Senat hat z.B. den Einstieg in das Fregattengeschäft bei Blohm+Voss gefördert, indem er, wie er 1983 zugab, „den Bund im Hinblick auf die kritische Beschäftigungssituation bei den Werften aufgefordert (hat), die Bürgerschaft (für den Fregattenbau, d.Verf.) zu übernehmen“. Außerdem hat Hamburg über den Chef der Landesbank Fahning und Staatsrat Noe jahrelang Einfluß im Verwaltungsrat von Blohm+Voss nehmen können.

Konfliktfelder und Ihre Wahrnehmung

Konfliktfeld	Ges. 1993	Ges. 1996	PDS	L.U.	NW	SPD	Grüne	CDU	FDP
Arm-Reich	36	75	86	82	75	78	85	69	63
Arbeitgeber-Arbeitnehmer	50	71	100	70	77	74	70	68	47
Ausländer-Deutsche	49	71	43	70	77	74	70	68	47
Oben-Unten	–	63	100	71	63	63	84	57	51
Ost-West	50	62	100	73	66	65	72	55	51
Links-Rechts	66	60	86	60	63	56	55	61	47
Jung-Alte	20	36	14	27	49	32	34	34	42
Mann-Frau	14	33	14	33	41	32	38	30	42

L.U. = Linkes Umfeld der PDS. NW=Nichtwähler

Zukünftig will der Senat am „out of area“-Gerät mitverdienen.

2. „Airbus-Konsortium: Einstieg ins Militärgeschäft“, „Airbus Military Company gegründet“ (SZ vom 16.6.95) und „Airbus geht jetzt auch ins Militärgeschäft. Als treibende Kräfte gelten Deutschland und Frankreich.“ (FAZ, 16.6.95) Diese Meldungen belegen, daß eine neue Weichenstellung auf uns zukommt. (...) Was ist geplant? Die Bundesregierung hat die Absicht bekräftigt, „ein zukünftiges militärisches Transportflugzeug zu realisieren, das den neuen operationalen Erfordernissen strategischer Mobilität entspricht“. (Soldat und Technik 6/95) (...) „Einen Quantensprung versprechen jetzt die FLA-Planer: Ihr größerer Düsentransporter für das ‚Out of area‘-Zeitalter werde mit vier Treibwerken 25 statt 16 t Fracht schleppen, schneller ... und weiter (4.350 statt 1.850 km) fliegen als die Transall. Vorausgesetzt, es gibt die bis zum Jahre 2003 veranschlagten 7,5 Mrd. Mark Entwicklungskosten ... Es winkt ein gutes Geschäft. Die Dasa hofft, 500 bis 600 Flugzeuge ließen sich allein Europa als Nachfolger der Transall oder der US-Konkurrenz Hercules C 130 verkaufen. (...)“ (Spiegel 38/93) Der Senat hat in der Antwort auf eine Anfrage der GAL verkündet, er habe Interesse daran, daß das Hamburger Werk der Dasa an der Produktion des Future-Large-Aircraft (FLA)-Flugzeuges beteiligt wird. (...) Konversion wird damit von ziviler zur Rüstungsproduktion unterstützt.

A. Porschke, GAL, MdBÜ

Filz zwischen Industrie und Politik

„Ich will an dieser Stelle auf einige geschichtliche Fakten und Zitate eingehen, um zu zeigen, in welch verhängnisvollem und unmoralischen Filz von Rüstungsindustrie und Politik auch Hamburg steckt: Ich beginne mit einer ... berühmt gewordenen Warnung ... Sie stammt von keinem geringeren als einem USA-Präsidenten, der über jeden Verdacht, Pazifist zu sein, erhaben ist: US-Präsident Eisenhower sprach 1961, am Ende seiner Amtszeit, über den „Militärisch-Industriellen Komplex“ der USA. Über die Rüstungsindustrie führte er u.a. folgendes aus: „Der totale Einfluß – ob wirtschaftlich, politisch, ja sogar geistig – ist in jeder Stadt, jeder Regierungsstelle, jedem Amt zu spüren ... Unsere Anstrengungen, wirtschaftlichen Hilfsquellen, unsere Existenz werden insgesamt davon berührt, und ebenso das Grundgefüge unserer Gesellschaft. Im Schoße der Regierung müssen wir uns davor hüten, daß der militärisch-industrielle Komplex einen ungerechtfertigten Einfluß erlangt ...“ (...)

Genau 31 Jahre und 3 Tage später bewies Verteidigungsminister Rühe in unseliger Tradition, wie folgenlos diese Warnung Eisenhowers geblieben ist: In der Vorlage an den Verteidigungsausschuß des Bundestages vom 20. Januar 1992



führte er u.a. zu den zukünftigen Aufgaben der Bundeswehr aus: „Unter Zugrundelegung eines weiten Sicherheitsbegriffen können ... [unsere] Sicherheitsinteressen (der BRD und der NATO, H.R.) für den Zweck dieser militärischen Lagebeurteilung wie folgt definiert werden: (...)

– Förderung und Absicherung weltweiter politischer, wirtschaftlicher, militärischer und ökologischer Stabilität
– Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen.“

(...) Fast genau vier Jahre später plaudert Dieter Stockfisch, Kapitän zur See und Referatsleiter im Führungsstab der Marine, schon mal seine Umsetzungsideen dieser Vorgaben in der Zeitschrift „Europäische Sicherheit“ (4/97, 20ff.) aus, indem er zustimmen Sir Walter Raleigh zitiert: – Zur Erinnerung ..., Raleigh, das ist derjenige, der im Auftrag Englands als Pirat im Krieg gegen Spanien (1585/1604) deren Kolonialflotte dezimierte und ausraubte. Raleigh sicherte damit nicht nur den englischen Nachholbedarf in Sachen kolonialer Ausbeutung anderer Länder und Kontinente, sondern festigte auch damit den ungehinderten Transport und Handel von und mit afrikanischen Sklaven. – Raleigh sagt (im Zitat von Dieter Stockfisch): „Wer über das Meer gebietet, gebietet über den Handel, wer über den Handel gebietet, gebietet über die Reichtümer der Welt und damit über die Welt selbst.“ Stockfisch selbst formuliert das Raleigh-Zitat für seine Zielsetzungen militärisch um: „Wer die See beherrscht, besitzt die größte und leistungsfähigste ‚Rollbahn‘ für den Angriff und für den Nachschub, und zwar wann und wo er will.“

Vor ein paar Tagen griff das *Hamburger Abendblatt* dies in einem längeren Artikel auf und erinnerte unter der Überschrift „Das SOS der Vorzeigeflotte“ (HA, 23./24.8.97) daran, daß sich die Marine für unerwartete UNO-Einsätze und – so wörtlich – „Werbefahrten, die sie im Auftrag des Auswärtigen Amtes und des Wirtschaftsministeriums für die Werftindustrie ausführen muß“, bereitzuhalten hat und deswegen Rücklagen bilden müsse. Mit einer vom Senat gutgeheißenen und vom Verteidigungsministerium gesponserten Promotion-Veranstaltung haben wir es ja ... hier ... zu tun. Deutlicher kann der Filz zwischen Industrie und Politik nicht dargelegt werden. (...)“
H. Ring, Informationskreis Rüstungsge-

Lateinamerika

Das Sao-Paulo-Forum lebt!

Ende Juli/Anfang August trafen sich über 150 Delegierte linker Parteien und Gruppen aus 20 lateinamerikanischen Ländern, die 58 Parteien und 36 befreundete Organisationen vertraten, in Porto Alegre (Brasilien). Nach sieben Jahren war das Forum in sein Geburtsland Brasilien, wo es auf Initiative der Arbeiterpartei PTB trotz aller Widerstände und Bedenken begründet wurde, zurückgekehrt. Angesichts der gerade zusammenbrechenden Sowjetunion und der Krise, in die die linke Bewegung – auch durch den Schaden, den sie durch den diskreditierten „Realsozialismus“ genommen hatte – gestürzt wurde, war das ein mutiges Unterfangen. Nach dem siebenten Treffen in Porto Alegre kann gesagt werden: Das Sao-Paulo-Forum lebt! – trotz aller Schwierigkeiten, trotz aller Probleme, die sich aus der sehr heterogenen Zusammensetzung dieser Gremiums ergeben. Es lebt aber vor allem dank seiner demokratischen Prinzipien, der Gleichberechtigung aller Parteien und Organisationen, aber auch dank des Aufschwunges, den die demokratische und linke Bewegung in Lateinamerika genommen hat.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Wahlerfolge der FMLN in El Salvador und der PRD in Mexiko, die nicht nur den neuen Gouverneur der Bundeshauptstadt Mexiko stellt, sondern auch ihre Vertretung im nationalen wie auch in Staatenparlamenten bedeutend erhöhen konnte. Sowohl die FMNL als auch die PRD sind zur zweitstärksten Partei in ihren Ländern aufgerückt. Diese Tatsache charakterisiert eine Entwicklung, die auch in anderen Ländern des Kontinents zu verzeichnen ist. In Chile beteiligt sich die Sozialistische Partei, deren langjähriger Präsident, Außenminister der Regierung der Unidad Popular unter Salvador Allende, Clodomiro Almeyda, in diesen Tagen verstorben ist, an der Regierung der „Concertación“, die angetreten war, die Folgen der Pinochet-Diktatur zu überwinden. In Uruguay ist die Frente Amplio, ein Bündnis verschiedener linker Parteien, die führende Kraft in der Hauptstadt Montevideo und stellt den Bürgermeister und den größten Anteil des Stadtparlamentes. In Haiti hat sich nach dem erzwungenen Abzug der USA eine linksliberale Regierung gebildet, die sich auf der Basis der Lavala-Bewegung formiert hat. Die letzten Staaten- und Kommunalwahlen in Brasilien erbrachten der PTB und den mit ihr verbundenen Parteien Wahlerfolge in wichtigen großen Staaten wie Rio Grande do Sul, dem Bundesdistrikt Brasilia und Espiri-

tu Santos, in fast allen Staatenparlamenten und kommunalen Vertretungen erhöhten sie die Zahl der Angeordneten. Wichtige Fortschritte im Befreiungskampf der Völker gab es in Ecuador, in der Dominikanischen Republik, in Nicaragua, Kolumbien. Mit dem Sturz des Stroessner-Regimes in Paraguay 1989 wurden auch in diesem Lande Verhältnisse geschaffen, die den Volkskampf erleichtern. In Guatemala wurde Ende 1996 nach langem, zähen Ringen der über dreißig Jahre währende Bürgerkrieg beendet und die demokratischen und linken Kräfte, einschließlich der URNG, haben andere Wirkungsmöglichkeiten erhalten. Nicht zu vergessen die Entwicklung in Kuba: Trotz Blockade, trotz wirtschaftlicher Krise: die kubanische Revolution lebt und hat nach wie vor viele Freunde in Lateinamerika und anderswo.

Das Forum lebt aus dieser politischen Wirklichkeit heraus, sie ist ihr Bindemittel. Denn an Forum beteiligen sich die unterschiedlichsten linken Parteien und Gruppierungen: Von der Sozialistischen Partei Chiles bis hin zu den Guerillagruppen Kolumbiens. Im Rahmen des Forums koexistieren Parteien unterschiedlichster Herkunft und unterschiedlichster politischer Orientierungen. Marco Aurelio, Sekretär für internationale Beziehungen der PTB, Professor an der Universität Campinas, sieht drei „Generationen“ von Parteien:

- Nachfolger der russischen Revolution, die vorwiegend sich als kommunistische Parteien herausbildeten,

- die „revolutionäre Linke“, die nach der kubanischen Revolution entstand (wie z.B. die FSLN in Nicaragua, die FMLN in Salvador oder die Tupumaros in Uruguay) und

- die postkommunistische und postsozialdemokratische Linke (wie die PTB, die PRD, die Frente Amplio in Uruguay).

Die politische Wirklichkeit hat linke Parteien in El Salvador und Nicaragua veranlaßt, über neue Programme nachzudenken. So waren die Programme dieser Parteien in den letzten Wahlen ihrer Länder weitaus weniger „links“ als die der PTB zu den letzten Präsidentenwahlen in Brasilien. Das Forum hat zum Dialog zwischen den verschiedensten Gruppen und Parteien beigetragen und half in manchen Ländern linken Gruppen, den Dialog untereinander aufzunehmen, der vorher schier unmöglich schien. Die Parteien des Forums vereint der Wille zur Übereinstimmung ohne Verwischung der Unterschiede und nationalen Bedingungen.

Das siebente Treffen demonstriert einige dieser Grundzüge: Zwischen den Parteien gibt es einen breiten Konsens in der Abwehr des Neoliberalismus und der neoliberalen Politik ihrer Regierungen. In der Abschlusserklärung des Treffens heißt es dazu: „Der Neoliberalismus, der besonders von der Regierung der USA und den internationalen Finanzkreisen befördert wird, führt zur Konzentration

des Kapitals und zur Vergrößerung der Warenströme aus den Metropolen und zerstört alle Barrieren, untergräbt die Souveränität anderer Länder ... Die kapitalistischen Hauptmächte unterwerfen sich die globalisierten Märkte. In unseren Ländern nehmen die Armut, die Arbeitslosigkeit, die Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen, die soziale Polarisierung und die Marginalisierung zu.“ Die linken Parteien Lateinamerikas suchen nach Alternativen, nach Wegen aus der Krise, in die die neoliberale Globalisierungspolitik ihre Länder geführt hat. Auf dem Forum wurden einige vorgestellt und diskutiert: Eine neue soziale Politik, die die Auswirkungen neoliberaler Politik mindert und der Bevölkerung Nutzen bringt; demokratische Reformen der staatlichen Institutionen und demokratische Kontrolle des Staates; Stärkung der Rolle des Staates zum Vorteil der Mehrheit des Volkes, Schaffung von Arbeitsplätzen und Projekte der Modernisierung und Umstrukturierung des produktiven Potentials. Weitere Aktionsfelder sind der Kampf um die Gleichberechtigung der Frau, der Kampf um eine saubere Umwelt, das Recht der indigenen Völker auf gleiche Rechte und Pflege ihrer ethnischen Traditionen, Projekte zur Durchsetzung der Menschenrechte auf sozialen und kulturellen Gebieten.

Voraussetzung für die Umsetzung dieser Programme ist das Anwachsen der demokratischen Kräfte und des Kampfes um soziale Rechte, was in fast allen Ländern des Kontinents zu verzeichnen ist. Jedenfalls gingen die Delegierten des 7. Treffens davon aus, daß in Lateinamerika nach Jahren der Herrschaft des Neoliberalismus die Bedeutung der sozialen Bewegungen und der Freiheitsbestrebungen breiter Volksmassen stark gewachsen ist. Das Gewicht der alternativen politischen Kräfte hat zugenommen. Gleichzeitig haben sich die unterschiedlichsten Organisationsformen des Kampfes auf sozialen, bürgerrechtlichen, in ländlichen Gebieten, in städtischen Wohngebieten, unter der Jugend, besonders aber der Kampf der Frauen um Gleichberechtigung usw. entwickelt. Es bilden sich die unterschiedlichsten Bündnisse mit antineoliberaler Grundausrichtung heraus, die volksnahe Projekte durchsetzen wollen.

Die in Porto Alegre vertretenen Parteien und Organisationen halten es deshalb für unabdingbar, Mechanismen zur Diskussion herangereifter Fragen zu schaffen und die Koordinierung der Tätigkeit zu vertiefen. Die Erfahrungen unterschiedlichster Kräfte im Kampf gegen die neoliberale Politik ihrer Regierungen schafft eine gemeinsame Grundlage. Das Forum strebt schon seit dem letzten Treffen den Gedankenaustausch mit den europäischen Linken an. Gemeinsames Handeln gegen den globalisierten Neoliberalismus halten die Linken Lateinamerikas für äußerst nützlich.

abe

Ein großer Anreger war er

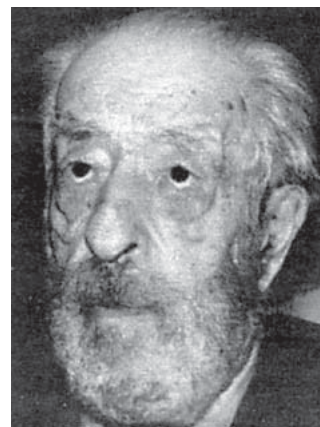
Jürgen Kuczynski

Beileidsschreiben der PDS-Führung an Marguerite Kuczynski

In dem von Lothar Bisky, Hans Modrow und Gregor Gysi unterzeichneten Schreiben am 7. August heißt es:

Sehr geehrte Marguerite Kuczynski, nehmen Sie bitte unsere tiefempfundene Anteilnahme zum Tode Ihres Gatten, unseres Genossen Prof. Dr. Jürgen Kuczynski, entgegen. Wir haben uns aus diesem schmerzlichen Anlaß an die Öffentlichkeit gewandt, um Jürgen Kuczynski ehrend zu gedenken.

Wir trauern um unseren Genossen Jürgen Kuczynski, den weltoffenen Kommunisten, den Wirtschaftshistoriker von internationalem Format, den jüdischen Intellektuellen, von 1933 bis 1936 in der KPD-Reichsleitung im illegalen Widerstand, danach Immigrant in Großbritannien und Oberst der US-Army, ehe er 1945 in der damaligen sowjetischen Besatzungszone als Präsident der Zentralverwaltung für Finanzen wirkte. Jürgen Kuczynski war einer der herausragenden marxistischen Sozialwissenschaftler unseres Jahrhunderts. Nicht zufällig ist das Herzstück seines wissenschaftlichen Werkes die 40bändige „Geschichte der Lage der Arbeiter“. Singulär durch die Verknüpfung universeller Quellenarbeit und empirischer Befunde mit der Sicht auf die Gesamtheit gesellschaftlicher Verhältnisse der jeweils behandelten Länder, auf die vorherrschenden philosophischen und ökonomischen Theorien und auf die geistig-kulturellen Bedingungen in den behandelten Zeiträumen. Die Lage und der Kampf der Lohnabhängigen waren Jürgen Kuczynskis wissenschaftliches Hauptinteresse. Für ihre Emanzipation zu wirken, ist sein Vermächtnis und war der Sinn seines politischen Handelns, ob bereits in den 20er Jahren als Leiter der Forschungsabteilung der American Federation of Labor, ob als Wirtschaftsredakteur der „Roten Fahne“ in den 30ern und als Mitarbeiter des Deutschen Freiheitssenders 29,8 bis 1944 oder als ein beständiges Grundmo-



tiv in über 100 Büchern und mehr als 4000 Artikeln. Doch es zeichnete Jürgen Kuczynski aus, daß er diese Gerichtetheit seines Interesses zugleich mit beispielhafter Breite seiner Arbeit verband, angesichts verbreiteten engen Spezialistentums eine wichtige Mahnung an unser aller Denken. 10 Bände zur Geschichte der Gesellschaftswissenschaften, 6 Bände zur Geschichte des Alltags des deutschen Volkes, sein erfolgreiches Engagement für die zunächst in der DDR als bürgerlich verpönte Soziologie und Arbeiten zum Verhältnis von Wirtschaftswissenschaft und Literatur stehen für sein disziplinübergreifendes Denken. Das brachte dem Kommunisten Kuczynski Respekt auch in der internationalen scientific community ein: 1985 Fellow der Royal Statistical Society London und zu Zeiten Mitglied des Exekutivkomitees der International Economic History Association

Jürgen Kuczynski verstand sich in jeder Phase seines Lebens als Schüler von Marx. „Zurück zu Marx“ war der Titel seines ersten Buches und könnte als der Kern seiner selbstkritischen Überlegungen nach 1989 bezeichnet werden. Auch Jürgen K. hat sich nicht selten in seinem Leben geirrt, war nicht gefeit gegen die Dogmatisierung Marxscher Gedanken und galt den Oberen der SED doch immer wieder als des Revisionismus verdächtig, wenn er die Unverächtlichkeit seiner zu manchen Zeiten auch den eigenen Blick verengenden Parteidisziplin nutzte, um wider offizielle Dogmen zu Felde zu ziehen, in Neuland vorzustößen und produktive Debatten auszulösen. Ein großer Anreger war er, geliebt von seinen unzähligen Schülern und Studenten, populärer Publizistik und glänzenden Vorträgen vor fasziniertem Publikum zuneigt, als Direktor des Akademieinstituts für Wirtschaftsgeschichte und in vielen anderen Tätigkeiten aufbegehrend gegen Engstirnigkeit und politische Beschränkungen wissenschaftlicher Forschung

Jürgen Kuczynski engagierte sich von Anfang an für die Entwicklung der PDS und stritt mit uns im Rat der Alten über Großes und scheinbar Kleines, ließ uns teilhaben an seinen Jahrhundert-Erfahrungen

Zur Feier seines 90. Geburtstages antwortete Jürgen Kuczynski auf die Frage, ob er sich nicht allzu oft mit Voraussagen über das Ende des Kapitalismus geirrt habe, daß dies selbstverständlich der Fall sei. Aber, so fügte er in ungebrochener Grundsticht auf die Schranken des von ihm ein kurzes Jahrhundert lang kritisch attackierten Profitsystems lächelnd hinzu: „Diese unendliche Vorfreude darauf, sich schließlich doch nicht geirrt zu haben!“ Er räumte ein, dies wohl nicht mehr zu erleben. Es ist unser Schmerz, daß sich dieser Teil seiner Erwartung nun erfüllt hat. Wir werden mit seinem Werk so umzugehen haben, daß es hilft, seiner Vorfreude gerecht zu werden. In tiefer Trauer
Lothar Bisky, Hans Modro, Gregor Gysi



Erzählungen des kurdischen Autors Haydar Isik

„Verloren in Deutschland“

Nach dem Roman „Der Agha aus Dersim“ hat Haydar Isik ein neues Buch herausgebracht. In zehn Erzählungen werden die Blicke auf die Widersprüchlichkeiten, von denen das Leben kurdischer und türkischer Migranten und Migrantinnen in Deutschland geprägt ist, geworfen. Die Texte beruhen auf eigenen Erfahrungen des Autors. Er wurde 1937 in Dersim – im türkischen Teil Kurdistans – geboren. Seit über 20 Jahren lebt er in Deutschland. Nach mehreren Veröffentlichungen, hauptsächlich zum Thema des Rassismus in der Türkei, wurde er nach dem Militärputsch von 1980 zwangsausgebürgert. Sein erster Roman „Der Agha aus Dersim“ erschien 1990 zunächst in der Türkei und wurde bereits einen Monat später verboten und beschlagnahmt. Gegen den Autor und seinen Verleger wurde ein Strafverfahren eingeleitet.

Die Erzählungen beobachten einzelne Aspekte des Lebens von MigrantInnen. Der Blick wird auf den Arbeitsplatz, in das Wohnheim, in die Schule und in die Familie gelenkt. Die feingefühligen Beobachtungen ordnen sich zu einem Mosaik, das viele der Konfliktpunkte, Widersprüchlichkeiten und Probleme von in der Bundesrepublik lebenden ausländischen Menschen einfängt.

Da ist der Straßenkehrer Ali Agha. Neben aller Scham, den Hundedreck von der Straße kehren zu müssen, bleibt seine größte Angst, daß ihn jemand aus seiner Heimat bei der Tätigkeit beobachten könnte. „Ich kenn unsere Leute. Die sind

nicht zimperlich. Zu Hause haben sie nicht mal trockenes Brot, aber draußen tun sie, als hätten sie gerade ein Kotelett verspeist,“ denkt Ali Agha. Seine Sorge, zum Gespött seines Dorfes zu werden, wird ihm schließlich zum Verhängnis ...

Da ist die kurdische Mutter, selber jahrzehntelang von ihrem Mann gedemütigt und geschlagen, zerfrißt sie sich aus Sorge um die „Ehre“ der Tochter. Zwischen der Tochter, die sich gerade in einen gleichaltrigen deutschen Jungen verliebt hat, und der Mutter, die inständig hofft, daß sie ja keinen „Ungläubigen“ heiratet, gibt es bald keine Ebene der Verständigung mehr. Einfühlsam wird die Verzweiflung der Mutter beschrieben und das Unverständnis gegenüber Schule und Behörden, die der Tochter helfen, dem Schicksal einer nicht gewollten Ehe zu entfliehen.

Haydar Isik ist Lehrer für türkischen muttersprachlichen Unterricht in München. In viele Erzählungen fließen seine beruflichen Erfahrungen ein. Die Konfrontationen des Lehrers mit Zwangsverheiratungen und Vergewaltigungen junger türkischer und kurdischer Mädchen durch den „Ehemann“ sind Thema mehrerer Erzählungen. Genauso wie der Autor schonungslos die Entmündigung junger Frauen darstellt, bleibt er distanziert gegenüber dem manchmal hysterischen, manchmal voyeuristischen Unverständnis seiner deutschen Lehrerkollegen.

Immer wieder zieht der Autor Paralle-

Haydar Isik: Verloren in Deutschland. Erzählungen. Aus dem Türkischen von Sabine Atasoy. Ararat Verlag . Winterthur 1996. ISBN: 3-9520545-6-9. Originaltitel „Almanyada Yitenler“. Istanbul 1993. Preis: 17,80 DM



Neu erschienen

Die Yeziden

Bestellungen an:

medico

international

medico international, Obermainanlage 7
D-60314 Frankfurt
Tel: 069 94438-0, Fax: 069 436002,
eMail: medico_international@t-online.de
<http://home.t-online.de/home/medico.de>

Ilhan Kizilhan
Die Yeziden

Eine anthropologische und sozial-psychologische Studie über die kurdische Gemeinschaft

Mit einem Vorwort von Hans Branscheidt ca 300 Seiten,
ca. 24 DM
Verlag medico international 1997
ISBN 3-923363-25-7

→
len zu seinen Erfahrungen aus der Türkei. In seiner bayrischen Schule herrscht helle Aufregung, als ein Mädchen eines Tages mit Kopftuch in der Schule erscheint. Als der Rektor erwägt, das Tragen des Kopftuchs zu verbieten, erinnert sich der kurdische Lehrer an das Verbot von Kopftüchern an türkischen Schulen. „Als sei alles andere gelöst und nur noch die Frage der Verschleierung offen.“

Die zehn Erzählungen stellen einen äußerst lebendigen Ausdruck interkultureller Kommunikation dar. LehrerInnen können sich im Spiegel eines kurdischen Kollegen betrachten. Dabei will Isik weder zurück zu den Traditionen Anatoliens, noch zieht er sich auf sein ethnisches Selbstverständnis als Kurde zurück, aber auch in der Anpassung an die allem Fremden ablehnend gegenüberstehende deutschen Überheblichkeit sieht er keine Perspektive. So enden seine Erzählungen oft tragisch. Aber Isik ist kein Pessimist, er weiß nur, daß es keine einfache Lösungen gibt.

„Den Schülern war das Gefühl eingeprägt worden, Menschen zweiter Klasse zu sein. Der neue Lehrer sah eine Aufgabe darin, diese Kinder aus der Starre zu lösen, sie zu denkenden, weltoffenen Menschen zu erziehen.“ So endet eine der Erzählungen. Sowohl der Militarismus des türkischen Bildungswesens und der türkische Nationalismus machen kurdische und türkische Schüler zu Menschen zweiter Klasse als auch die institutionelle Ausländerfeindlichkeit in Deutschland.

Das Buch sei vor allem jeder und jedem empfohlen, der oder die beruflich mit kurdischen und türkischen Kindern zu tun hat, genauso wie allen, die sich, ohne sich in die Falle der Romantisierung und der eigenen Projektionen zu geraten, in „fremde“ Kulturen hineindenken wollen

Sabine Skubsch

Ilhan Kizilhan, langjähriger Programmdirektor von med-TV, hat ein großes Buch vorgelegt:

Eine Geschichte der Yeziden innerhalb der kurdischen Gemeinschaft. Eine Sozialanthropologie, die nicht von einem ethnischen Standpunkt aus referiert, sondern von der konstanten Gestalt des wirklichen Leidens in der Geschichte spricht, die den Yeziden zur Verfügung stand.

Zugleich handelt es sich bei Kizilhans Buch um einen beeindruckenden wissenschaftlichen Beitrag zur transkulturellen Traumaforschung, den man bisher in der einschlägigen Literatur vergeblich suchte.

Informationen über die yezidische Geschichte und Gesellschaft beschränkten sich meist auf Darstellungen leidvoller und grausamer Geschehnisse. Darüber wurden die soziologischen und gesellschaftlichen Probleme vernachlässigt, die die heutige yezidische Realität bestimmen. Ebenso fehlten meist fundierte Hintergrundinformationen, die Aufschluß über die besonderen religiösen und sozialen Vorstufen der Yeziden geben könnten. Ihre Verbindung zu den alten Religionen im vorderen Asien blieben in der Regel unerwähnt. Vielen ist Zarathustra durch Nietzsches Buch »Also sprach Zarathustra« bekannt, doch kaum jemand weiß, daß viele Yeziden sich als die Nachfahren dieser Religion betrachten. Ilhan Kizilhan stellt zunächst die Religion der Yeziden und ihre verschiedenen Schöpfungstheorien vor, anschließend untersucht er die gesellschaftlichen Strukturen der Yeziden-Gemeinschaft. In weiteren Kapiteln werden die Folgen der Völkermorde und Massaker auf dem historischen Hintergrund bis heute dargestellt. Erst dadurch wird ein Verständnis für Probleme, mit denen sich die Yeziden heute auseinandersetzen müssen, ermög-

licht. Die Vergangenheit beeinflusst und prägt die Zukunft. Verleugnete und verschwiegene Vergangenheit verhindert eine angemessene Bewältigung der Gegenwart und versperrt den Weg für Zukunftsperspektiven.

Nicht zuletzt deshalb beschäftigt sich Kizilhan auch ausführlich mit der kurdischen Literatur und analysiert Texte kurdischer Dichter und Schriftsteller. Anhand dieser Literatur kann man ablesen, welche Rolle die Massaker und Genozide in der Gesellschaft gespielt haben. Sie erzählt von der Heimat, vom alltäglichen Leben, von den Verfolgungen und von der Flucht ins Exil.

Dem Leben in der Diaspora, das mittlerweile für die meisten Yeziden zum Schicksal geworden ist, ist ein weiteres Kapitel gewidmet. In diesem Rahmen wird eine empirische Untersuchung über Angst bei kurdischen Kindern in der Diaspora vorgestellt, in der deutlich wird, welch signifikanten Einfluß die soziale Umwelt auf das Leben der Kinder hat. Die Yeziden und ihre Geschichte sind ein bedeutendes Fallbeispiel, stellvertretend für das Schicksal der Menschen in Kurdistan und das Schicksal vieler Minderheiten und unterdrückter ethnischer Gruppen.

*Ilhan Kizilhan, selbst Angehöriger der Religionsgemeinschaft der Yeziden, wurde 1965 in Nordwestkurdistan (Türkei) geboren und kam 1973 nach Deutschland. Er studierte Psychologie, Rechtswissenschaften und Orientalistik, arbeitete u.a. als Dolmetscher und Übersetzer und war Programmdirektor bei dem kurdischen Fernsehsender med-TV. Heute betreibt er psychologische Studien über Kurden. Von Ilhan Kizilhan erschien bei medico 1995 *Der Sturz nach Oben – Eine psychologische Studie über Kurden in Deutschland*.*

Kulturfestival Kurdistans

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

wir möchten Sie recht herzlich zum großen Kulturfestival Kurdistans am Samstag, den 6. September in Köln einladen. Über 50 000 Menschen werden an diesem Tag im Müngersdorfer Stadion zusammenkommen, um bei kurdischer und internationaler Kultur zu feiern.

Unsere Einladung erfolgt auf dem erschütternden Hintergrund der Verhinderung des Friedenszuges „Musa Anter“, mit dem Sie am 26. August 1997 von Europa aus nach Kurdistan reisen wollten, um dort dem kurdischen Volk Ihre Solidarität entgegenzubringen und sich für sofortige Beendigung des Krieges einzusetzen. Für ihr mutiges Engagement möchten wir Ihnen danken und denken, daß weitere gemeinsame Friedensaktivitäten den Verantwortlichen in Bonn und Ankara zeigen werden, daß eine politische Lösung des Krieges unabdingbar ist. Wir werden nicht aufgeben. Denn die Verhinderung des Zuges durch das bundesdeutsche Innenministerium hat einmal mehr die Dringlichkeit einer europäischen Friedensbewegung gegen den Krieg in Kurdistan hervorgehoben. Die Regierungen der türkischen und der bundesdeutschen Republik scheinen kein Interesse an einer friedlichen Lösung des Konflikts zu haben.

Somit wird auch das Kulturfestival Kur-

distans in Köln nicht nur ein kulturelles Beisammensein werden, sondern eine politische Manifestation. Es wird ein Zeichen des Protestes gegen den Krieg sein und den Friedenswillen des kurdischen Volkes und seiner Freundinnen und Freunde hier in Europa zum Ausdruck bringen.

Programm:

(Es) ... werden Rednerinnen und Redner aus dem In- und Ausland Stellung beziehen. Das Festival soll einerseits die Friedensaktivitäten einander näherbringen und andererseits durch musikalische und folkloristische Darbietungen aus Kurdistan, aber auch aus anderen Ländern, den Tag zu einem kulturellen Höhepunkt werden lassen. Bevor aber im großen Stadion um 14 Uhr das Hauptprogramm mit bekannten kurdischen und internationalen Künstlern beginnt, sollen bereits ab 11.30 Uhr auf dem Stadiongelände verschiedene Darbietungen präsentiert werden, die einen besseren Einblick in das Leben und die Bemühungen des kurdischen Volkes für Frieden eben sollen.

Wir würden uns sehr freuen, Sie an diesem bedeutenden Tag begrüßen zu dürfen. (...) Wir erwarten Sie am 6. September 1997 zum großen Kulturfestival Kurdistans im Müngersdorfer Stadion in Köln. Es ist höchste Zeit für Frieden in Kurdistan.

gez. Hisham Hammad (MdL, Nordrhein-Westfalen)
i.A. Jeanne Weigel, (Koordinationsbüro)

c/o Pedus Office,

Hohenzollernring 85, 50672 Köln, Tel: 02 21 / 16 02 53 01, Fax: 02 21 / 16 02 53 03

6./7. September: *Parteirat der PDS* tagt in Düsseldorf. Schwerpunkt: Wie weiter mit dem Linken Reformprojekt – Positionen und Aktivitäten der PDS, Situation der westdeutschen Landesverbände.

13. September: *Arbeitsausschuß des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften* zur Vorbereitung der Herbstkonferenz, um 8.30 im Jugendgästehaus Köln-Raum Riehl, (s.a. 11. Oktober).

21. September: *Bürgerschaftswahlen in Hamburg*

20./21. September: *Gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS in Chemnitz.*

26.–28. September: *Internationale Che-Guevara-Konferenz* in der Humboldt-Universität in Berlin. Infos über Cuba Si, Reinhard Thiele, 030/24009455, Fax 030/24009409.

27./28. September: *Grüner Länderrat in Magdeburg*

2. bis 5. Oktober: *Bundeskongreß der Verkehrs-Bürgerinitiativen* in Freiburg / Breisgau – Arbeits- und Aktionstreffen mit über 20 Arbeitsgruppen. *Veranstalter:* UMEHR e.V., Exerzierstr. 20, 13357 Berlin, Tel. 030/4927473, Fax. 4927972

Vom 5. bis 11. Oktober ist bundesweit „Aktionswoche“ der Kampagne gegen unge-

schützte Arbeitsverhältnisse, für Versicherungsschutz für „610-DM-Jobs“.

11./12. Oktober: *Herbstkonferenz des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Köln*, Jugendgästehaus.

12.-15. Oktober: *CDU-Bundesparteitag in Leipzig.*

14. Oktober: „Mindestlohn – wie und für wen?“ „Öffentliches ExpertInnengespräch“ der PDS-Bundestagsgruppe mit Vertretern von NGG, IG BAU und IG Medien in Bonn. Infos bei Anne Alex, 0228/1681918.

14./16. Nov.: *Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Grüne in Kassel.*

21.-22. Nov.: *CSU-Parteitag in München.*

2. bis 4. Dezember tagt der *SPD-Bundesparteitag in Hannover.*

3.-6.1.1998: *Linke Schule* in Thüringen. Die Winterschule findet diesmal von Samstag bis Dienstag statt, Ort entweder Schnepfenthal oder Tambach-Dietharz.

1. März 1998: *Landtagswahlen in Niedersachsen.*

26. April 1998: *Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt.*

ADRESSAUFKLEBER

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: *Arbeitskreis Politische Berichte, Gutenbergstraße 48, 70176 Stuttgart.* Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruska, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32.

Regionales West und Ost: Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“. **Regionales West und Ost** wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

Aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler, GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32.

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Palmmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. 040 / 38 13 93, Fax: 040 / 3 89 83 31.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78 DM (Förderabo 130 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 67,60 DM, Sozialabo: 52 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

☐ 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

☐ Halb- ☐ Jahresabo (39 DM / 78 DM je Einzelabo)

☐ Halb- ☐ Jahres-Förderabo (65 DM / 130 DM).

☐ Halb- ☐ Jahres-Sozialabo (26 DM / 52 DM).

☐ Halb- ☐ Jahresabo neue Länder (33,80 DM / 67,60 DM)

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart